n,zer--ei-s-hspt ,ps-

#### Staatsmänner und Politiker

Von Rud. Breitscheid

Im Laufe der Debatte über die Dawes-Gesetze ist Herr Dr. Stresemann auch auf die große Kammerrede unseres französischen Genossen Léon Blum zu sprechen gekommen. Er fand es merkwürdig, daß der Führer der französischen Sozialisten, die doch der Besetzung des Ruhrgebiets grundsätzlich widersprochen hätten, erklärt habe, auch seine Partei würde, wenn sie die Regierung führe,

die Ruhr nicht sofort räumen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat darauf verzichtet, sich mit dem Außenminister über diesen Punkt auseinanderzusetzen. Sie hätte sonst zunächst den Wortlaut der Blumschen Ausführungen feststellen können, die dahin gingen, daß auch die Sozialisten Frankreichs den Befehl zum Verlassen des Ruhrgebiets nicht innerhalb von vierundzwanzig Stunden geben könnten, da die Gefahr bestehe, daß ein solcher Akt von den deutschen Nationalisten als ein Erfolg ihrer Agitation gebucht werde. Man müsse berücksichtigen, daß die deutschen Wahlen vom 4. Mai die Mehrheitsverhältnisse nach rechts verschoben hätten, wobei freilich nicht vergessen werden dürfe, daß die Politik des nationalen Blocks einen großen Teil der

Schuld an dieser Entwicklung trage.

Es läßt sich darüber streiten, ob eine solche Argumentation, die die Beantwortung einer reinen Rechtsfrage von politischen Erwägungen abhängig macht, angebracht und grundsätzlich stichhaltig ist, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß praktisch unsere französischen Freunde nicht wohl anders handeln konnten, als sie gehandelt haben. Sie gehören zwar dem Kabinett Herriot nicht an, sind aber seine stärkste und zuverlässigste Stütze. Hätten sie nun, nachdem sich die deutschen und die französischen Vertreter in London über die Maximalräumungsfrist von zehn Monaten geeinigt hatten, auf der sofortigen Freigabe des Ruhrgebiets bestehen und dem Ministerpräsidenten ihr Vertrauen versagen sollen? Die Folge wäre der Sturz der Regierung Herriot und ihre Ersetzung durch ein mehr oder weniger unter poincaristischem Einfluß stehendes Ministerium gewesen. Alle Vereinbarungen der Konferenz wären hinfällig geworden, und die Gewaltpolitiker hüben und drüben hätten triumphiert.

Außerdem aber waren in Paris die Bedingungen, die die Deutschnationalen vor der Abreise der deutschen Delegation gestellt hatten, und zu denen als eine der wesentlichsten die sofortige Räumung gehörte, genau so bekannt wie bei uns, und es war weiten klar, daß die Erfüllung dieser Forderungen die Zustimmung der Deutschnationalen zu den Gesetzen bewirkt und damit die Bahn

für ihren unmittelbaren Eintritt in die Regierung freigemacht hätte. Darin sahen ebenso wie die anderen Parteien die französischen Sozialisten eine große Gefahr für die Durchführung der Gesetze sowohl wie für die deutsch-französische Verständigung ganz allgemein, und die Abneigung gegen ein Vorgehen, das Herrn Hergt und seinen Freunden die Verwirklichung ihrer Sehnsüchte erleichtert hätte. läßt sich sehr wohl begreifen.

Oder sollen wir uns etwa auf den Standpunkt stellen, daß ein Land jeden Versuch zu unterlassen hat, bei seiner auswärtigen Politik nicht nur die auf der Gegenseite wirksamen Kräfte zu beobachten, sondern ihre Verteilung unter Umständen auch zu beeinflussen? Wer den völkerrechtlichen Grundsatz der Nichtintervention so auffaßt, der braucht nur an das Verhalten erinnert zu werden. das Bismarck nach dem siebziger Krieg Frankreich gegenüber beobachtete. In dem Bestreben, den geschlagenen Gegner zu isolieren und die Parteien, in denen er die vornehmsten Träger des Revanchegeistes sah, am Boden zu halten, tat er alles, was in seinen Kräften stand, um Thiers und die Republik zu unterstützen, und heute, wo die Rollen zwischen Frankreich und Deutschland einigermaßen vertauscht sind, können wir mit Nutzen die Worte lesen. die in einem vom 29. Juni 1877 datierten Erlaß des damaligen Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Paris enthalten sind: "Wir können natürlich uns amtlich nicht in die inneren Angelegenheiten Frankreichs mischen, gewiß aber sind wir vollkommen berechtigt, unsere Sympathien für diejenigen Personen und Einrichtungen auszusprechen, von denen wir die Erhaltung des Friedens erwarten, den wir wünschen. Soweit wir durch unsere Attitude zum Sieg derselben bei den Wahlen in erlaubter Weise beitragen können, ist das meines Erachtens durch die Pflichten gegen das eigene Land geboten."

Diese Pflichten gegen das eigene Land haben auch Léon Blum und die französischen Sozialisten im Auge, aber eben weil sie Sozialisten sind und international zu denken gelernt haben, sehen sie nicht nur das Interesse Frankreichs, sondern gleichzeitig auch dasjenige Deutschlands und Gesamteuropas. Nach ihrer Meinung, die sich mit der unsrigen deckt, würde eine Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierungsgewalt mit jenen auf Frieden und Verständigung gerichteten Tendenzen in Widerspruch stehen, die in Frankreich bei den Wahlen vom 11. Mai zum Durchbruch gekommen sind und bei der Londoner Konferenz trotz allem einen ersten Triumph gefeiert haben.

Herr Stresemann hat in seiner Rede Léon Blum in einer etwas eigenartigen Weise charakterisiert. Er nannte ihn den Politiker und zukünftigen Staatsmann. Diese belustigende Unterscheidung ruft eine spöttische Bemerkung Ludwig Bambergers ins Gedächtnis, nach der man in Deutschland erst ein Staatsmann wird, wenn man

das Prädikat Exzellenz erhalte. Von dann ab bleibe man es freilich unbedingt. Die deutschen Minister erfreuen sich amtlich dieses erhebenden Prädikates nicht mehr, wenn es auch einzelne unter ihnen geben soll, die sich im Gefühl ihrer Würde im Privatgespräch gern mit ihm belegen lassen. Nach Herrn Stresemann aber scheinen sie auch heute noch davon überzeugt zu sein, daß ihnen das Amt die Weihe des Staatsmannes verleiht, die dem gewöhnlichen Sterblichen, der sich im Bewußtsein seiner Verantwortung gegenüber Volk und Staat mit politischen Dingen beschäftigt, nicht zuteil wird. Lassen wir sie einmal in diesem beseeligenden Glauben. Aber die Frage muß doch aufgeworfen werden, ob und inwieweit ein deutscher Staatsmann zu einem andern Urteil über die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung gelangen kann, als der französische Politiker Léon Blum.

Hier ist eine Partei, die sich durch ihr Verhalten bei der Abstimmung über die Dawes-Gesetze vor Gott und aller Welt bis auf die Knochen blamiert hat. Sie hat sich nicht nur lächerlich, sondern auch verächtlich gemacht. Sprach von der Schande und der Schmach des Sachverständigengutachtens, brandmarkte seine Befürworter als Landesverräter, schwor bei allem, was ihr heilig ist, unerbittlichen Widerstand und sorgte dann doch schließlich für das Zustandekommen der Gesetze, nachdem sie sich von der Geneigtheit vergewissert hatte, ihr die Zustimmung zu dem "zweiten Versailles" mit Ministerportefeuilles, Verwaltungsposten und ähnlichen Liebesgaben zu bezahlen. Ueber diese Erbärmlichkeit braucht kein Wort mehr verloren werden. Aber was soll man zu denen sagen, die mit dem Hausierer Hergt über den Kaufpreis für seine Gesinnungsware verhandelt haben? Das waren nicht nur Politiker der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, sondern das waren auch bestallte Staatsmänner, wie Herr Stresemann selbst, der das Begehren der Deutschnationalen nach erfolgter Zustimmung zur "Futterkrippe" zugelassen zu werden, als nicht unbillig bezeichnete.

Sie alle begründeten ihr Verhalten mit dem Wunsch, Gutachten und Gesetze unter Dach und Fach zu bringen und das sofortige Laufen der Fristen zu ermöglichen. Nehmen wir an, daß dieser Gedanke wirklich einzig und allein ausschlaggebend war, und die Sehnsucht nach dem Bürgerblock nicht ins Gewicht fiel, so sind doch lebhafte Zweifel am Platze, ob hier wirklich staatsmännischer Geist das Handeln diktierte. Das Interesse das Staates und des Volkes verlangte doch auch nach Ansicht der Regierenden die Annahme der Gesetze. Es war nicht nur eine Verfehlung gegen die politische Moral, sondern ein Verbrechen gegen die Zukunft der Nation, daß man mit Versprechungen und Verheißungen aller Art die Zustimmung derjenigen erkaufen wollte, die das Gutachten auf das gehässigste bekämpft hatten. Der Appell an das Volk stand frei. Daß er im Sinne der Annahme ausgefallen wäre, ist so gut

wie sicher, und wer sich trotzdem auf den Kuhhandel einließ, mußte sich dem Vorwurf aussetzen, dem Geist, aus dem das Gutachten sowohl wie die Beschlüsse der Londoner Konferenz geboren waren, zuwider zu handeln. Wer anerkannte, daß mit London eine neue Epoche in der europäischen Politik begonnen habe, daß der erste Schritt auf dem Wege von der Gewalt zu der friedlichen Verständigung getan sei, der durfte denjenigen nicht den Weg zur Regierung öffnen, die im Inland und Ausland als Anhänger und Vertreter der Gewaltpolitik angesprochen werden.

Und nun hat von den Deutschnationalen die Hälfte in einem kläglichen Komödienspiel das Zustandekommen der Gesetze ermöglicht, während die andere Hälfte es sich leisten konnte, auf der ursprünglich eingehaltenen Linie zu verharren. Aber statt daß man nun wenigstens die Partei der Verachtung überläßt, die sie verdient, sind diejenigen, die ihr vor Tisch einen Preis für ihren Umfall in Aussicht stellten, nach wie vor bereit, die Belohnung auszuhändigen. Sie sehen nur das Gestern und das Heute. Sie sehen nicht die Gefahren, die der Auswirkung der neuen Ideen in der internationalen Politik erwachsen müssen, wenn in Deutschland die Männer ans Ruder kommen, die seit 1918 nichts gelernt und nichts vergessen haben. Sie sehen nicht einmal die Schwierigkeiten, die uns in der sogenannten Sicherungsfrage und bei der Festsetzung der Räumungstermine innerhalb der Maximalfrist erwachsen. Sie bilden sich ein, staatsmännisch zu handeln und treiben doch nichts anderes als eine von kleinlichsten Rücksichten bestimmte, auf den Tag berechnete Parteipolitik.

#### Dokumente des Kuhhandels

"Unser Banner hat nie geschwankt!"
Hergt auf dem Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei
in Hamburg.

"An der nötigen Klarheit und Eindeutigkeit der deutschnationalen Erklärungen hat es nicht gefehlt. Es kommt nun also auf die Glaubwürdigkeit an, die man ihnen beimißt, und auf den höheren oder geringeren Grad des Vertrauens in ihre Festigkeit." Graf Westarp am 12 August in der "Kreuzzeitung".

18. April. — Helfferich in der "Deutschen Tageszeitung". Der Aufsatz trug die Ueberschrift "Das zweite Versailles".

Aber auch die Verantwortung für die Annahme der Expertenvorschläge ist ebenso groß, wie es die Verantwortung für die Unterzeichnung des Versailler Diktats war. Der Fluch der Unterzeichnung unerfüllbarer Verpflichtungen und der Fluch der Sünde wider den Geist hat fünf Jahre lang auf Deutschland gelastet und das deutsche Volk hart an den Rand des Untergangs geführt. Das deutsche Volk ist ohne Rettung verloren, wenn es heute diesen Fluch von neuem auf sich lädt.

18. April. — Reichstagsabgeordneter Paul Baecker in der "Dtsch. Tageszeitung".

Im ganzen aber kann und muß schon heute mit allem Nachdruck gesagt werden, daß die Vorschläge der Sachverständigen wirtschaftliche Zumutungen an Deutschland stellen, die zum größten Teile heller Wahnsinn sind. Daß sie nicht einmal in einer Gesamtbegrenzung der Reparationen letztes Ziel und letzte Grenze zeigen, macht sie unter diesen Umständen noch unerträglicher. Wenn es deshalb in dem Schreiben des Generals Dawes heißt, die Zurückweisung dieser Vorschläge durch Deutschland würde im Endergebnis das deutsche Volk in hoffnungsloses Elend verstricken, so können wir nur sagen: Ein grauenvolleres Elend, als Deutschland durch die Zustimmung zu derart wahnwitzigen Vorschlägen auf sich laden würde, ist nicht denkbar. Ihnen gegenüber kann es nur heißen: Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende!

12. August. — "Deutsche Tageszeitung".

Der Nährstand liegt am Boden, der Wucher- und Händlergeist triumphiert, und schon rüstet sich auch das internationale Kapital, sich auf dem Wege des sogenannten Dawes-Gutachtens an dem allgemeinen Raub gegenüber dem landwirtschaftlichen Produktionsstand zu beteiligen. Deshalb kämpft das Landvolk gegen das Dawes-Gutachten mit aller Kraft, die ihm innewohnt.

12. August. — Resolution des Landbundes Oberbarnim.
Wir lehnen es ab, durch Annahme des Dawes-Gutachtens zu Sklaven der Feindstaaten zu werden, und verlangen Ablehnung des Schandgutachtens, in dem wir ein zweites, noch vernichtenderes Versailles sehen.

16. August. — "Deutsche Tageszeitung".

Aus leitenden Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei erfahren wir:
Die Deutschnationale Volkspartei hat bis in die letzten Tage mit dem größten Ernst die leitenden Stellen der Reichsregierung darauf aufmerksam gemacht, daß eine Lösung, die den bekannten sieben Mindestforderungen der deutschnationalen Reichstagsfraktion nicht entspricht, auf die deutschnationale Billigung nicht zu rechnen habe.

Nach alledem ergibt sich die Stellung der deutschnationalen Fraktion von selbst. Sie kann nur auf Ablehnung lauten.

16. August. — Major Foertsch in der "Kreuzzeitung".

Bei den Herren Marx und Stresemann konnte darüber doch kein Zweifel bestehen, daß die Deutschnationalen das Dawes-Gutachten in der jetzigen Gestalt mit Beibehaltung der Besetzung a limine ablehnen müssen. Das sind sie dem deutschen Volk, der deutschen Ehre, dem besetzten Gebiet und der deutschen Wirtschaft schuldig. Im übrigen wird man gut tun, die weitere Entwicklung der Dinge zunächst abzuwarten. Wir möchten aber eins doch nochmals auf alle Fälle betonen: Die Herren Marx und Stresemann mögen nicht etwa glauben, daß sich an unserm ab-

16. August. — "Kreuzzeitung".
Unsere Stellung zu dem voraussichtlichen Entschluß der Regierung brauchen wir nicht mehr auseinanderzusetzen. Für uns bleibt das Dawes-Gutachten schon allein wegen der einjährigen Räumungsfrist unannehmbar.

lehnenden Standpunkt etwas ändern wird.

18. August. — "Deutsche Tageszeitung".

Das Ergebnis von London ist aus all diesen Gründen durchaus unbefriedigend; es entspricht nicht den Zusagen der deutschen Reichsregierung; es legalisiert einen der erbärmlichsten Raubzüge der Weltgeschichte und bildet dadurch einen Anreiz für spätere neue Gewalttaten und es bietet keinerlei ausreichende politische Gegenleistung für die Annahme der größten finanziellen Versklavung, die jemals durchgeführt worden ist, des Dawes-Planes.

21. August morgens. — Reichstagsabgeordneter Wilhelm Laverrenz in der "Deutschen Zeitung". Nachdem die Deutschnationale Volkspartei noch vor London in nicht mißzuverstehender Weise ihre Forderungen in den bekannten sieben Punkten unter einmütiger Zustimmung der Reichstagsfraktion formuliert hat als conditiones sine quibus non, nachdem weiter die Partei in ihrer Erklärung nach Rückkehr der deutschen Abordnung zum Ausdruck gebracht hat, daß ihre Haltung nur auf "Ablehnung" lauten kann, muß sich Inland wie Ausland darüber klar sein, daß hiermit das letzte Wort gesprochen ist. Weder vor der Geschichte, noch vor ihrer eigenen Ueberzeugung kann es die Deutschnationale Volkspartei verantworten, von diesem Standpunkt abzugehen. Sie wird ihn unbeugsam vertreten und ist davon überzeugt, daß sie damit nicht nur dem Willen weitester, über die Reihen ihrer eigenen Gefolgschaft hinausgehender Volkskreise Ausdruck verleiht, sondern für die Zukunft des Vaterlandes mehr tut als diejenigen, die — um mit den Worten Helfferichs zu sprechen — "dem zweiten Versailles" zustimmen. (Fortsetzung folgt.)

#### Dem Führer Frank

Von Wilhelm Sollmann

Das Wort ist wie im Meer ein Pfad, Doch eine tiefe Wegspur läßt die Tat. Ibsen.

Am 3. September 1914 ist Ludwig Frank als Kriegsfreiwilliger im Sturmangriff bei Lunéville gefallen. Sein Grab ist unbekannt. Irgendwo ruht er vereint mit Kameraden. Der junge geistige Führer, dessen Gedanken und früher politischer Ruhm einen Erdteil umspannten, mit unbekannten, ungeschulten Arbeitern und Bauern. Irgendwo weht der Spätsommer goldene Blätter auf das Soldatengrab. Wir kennen es nicht. Nie werden es unsere Augen sehen, aber die tiefe Treue, die wir dem Toten bewahren, weiß es zu finden, und grüßt den unvergeßlichen und unersetzlichen Genossen.

Die Masse der sozialdemokratischen Arbeiter hat das Führerschicksal Ludwig Franks nicht begriffen. Noch legt sie viel zu geringe Maßstäbe an die, die ihr führend voranschreiten, als daß sie den Entschluß Ludwig Franks in jenen Augusttagen zu würdigen verstünde. Welche erbärmliche Beweggründe sind ihm von deutschen Arbeitern angedichtet worden. Wie viele hätten ihn eher und besser verstanden, wenn er fern der Schlacht in politischen Reden und Schriften gewirkt hätte; und doch war er der einzige von uns, der sich ganz als Führer erwies, in dem die Ueberzeugung und der Wille zu der Tat emporwuchsen, die allein des Mannes würdig war, der am 4. August sein deutsches Ja gesprochen hatte. Er ließ nicht andere das Gewehr schultern, um sich selbst an Wünschen und Hoffnungen zu genügen; er marschierte mit. Er gab den Massen das Vorbild, das allein den Führer macht. Sagt meinethalben, seine Politik sei verkehrt gewesen. Das halte jeder, wie er mag. Aber er ging für sie in den Tod, und das hebt ihn hoch über uns alle. Sein Glaube war sein Leben. Seine Hingabe war stärker als der Tod. Die lichteste Wahrheit muß in ihm geglüht, das tiefste Mitlieben und Mitleiden zu denen, die er führte, muß ihn erfüllt haben. Das zwang ihn, von sich mehr zu verlangen

als von den andern. Nur so ist zu verstehen, was er tat: ein Mann unter Männern, ein Kamerad unter Kameraden, alles zu tragen wie sie. Wer an solchem Wollen klügelt und rechnet, der ist nicht geschickt zu dem Führertum, das wir ersehnen, und das nur aus freien großen Seelen, nicht aus politischen Schriftgelehrten und selbstgerechten Parteipharisäern erwachsen kann. Gewiß, er fehlt uns, dieser Ludwig Frank; aber wer weiß, ob nicht noch die Kraft seines Vorbildes in jungen Menschen Feuer zu entzünden vermag, die verzehrend und läuternd durch unsere Bewegung flammen werden.

Denn er ist der Jugend! Nicht nur, weil er mit Karl Liebknecht unserer Jugendbewegung Bahn brach, sondern weil ein Geist aus ihm spricht, der erst von den jungen Sozialisten unserer Tage recht gehört werden wird. "Um uns und in uns wächst eine neue Welt!" Dieses "in uns" ist revolutionärer als das ganze Gerassel von bolschewistischen Phrasen, das seit fünf Jahren über uns niedergegangen ist. Dieses "in uns" ist viel zu lange totgeblieben. Es ist bespöttelt worden, wo es sich regte, und ist scheu geblieben, wo es werbend und wirkend uns hätte dienen können. Dieses "in uns" darf nicht ertötet werden durch den Lärm der politischen Gegenwart und das Ringen um den Vorteil des Tages. Dieses "in uns" ist nicht die Forderung an Staat und Gesellschaft und an die andern, sondern das Gebot an uns selbst, dem Sozialismus zu leben, ehe er noch in seinen großen kommenden Wirtschaftsformen alle beglücken kann.

Wie ist dieser Frank sich treu geblieben! Der neunzehnjährige Abiturient sagt in seiner Abschiedsrede an Lehrer und Mitschüler: Nach Jahren, wenn die Schule des Lebens hinter uns liegt, wollen wir einer den anderen fragen: Hast du im Geiste Lessings gelebt und gewirkt? Bist du den Unterdrückten und Notleidenden beigesprungen und hast du ihnen die helfende Hand gereicht?

Alles, was er tat, war aus diesem Geist geboren, aus diesem Willen zum Dienen, der keine Ueberhebung zuläßt. Blättert man seine Reden und Aufsätze durch, so findet man Schroffheiten und Schärfen, freilich auch sie stets in geschliffener Form, nur dort, wo er mit sozial Gleichgestellten geistig ringt oder den Großen des Reiches entgegentritt. Wie anders, wenn er von den Mühseligen und Beladenen spricht. So, wenn der längst zum führenden Parlamentarier Emporgewachsene in einem vertrauten Briefe schreibt: "Es ist mir eine rechte Erholung, nach all dem Zank über Verfassung und Versicherung die kleinen Schmerzen der kleinen Leute zu untersuchen und zu heilen." Und die wundervoll frommen Worte, die er für die russische Revolution des Jahres 1905 zu finden weiß:

Wenn einst der große Künstler kommen wird, der das Gewaltige und Schöne unserer Zeit im Bilde festhalten kann, wird er auch die russische Revolution als Erlösergestalt darstellen müssen, die den Tempel reinigt, und um die Hände, die tapferen, braven Arbeiterhände wird er den Heiligenschein malen müssen. Denn die Arbeiter sind es, die Rußland und die Welt erlösen!

Welch eine Ehrfurcht vor der harten, rissigen Proletarierhand! Welch ein demütiger Glaube an ihr Werk. Welch eine Liebe zu den Kreuzträgern dieser Zeit!

Auf einem Abend im Herrenhause im Frühjahr 1912 hörte ich Ludwig Frank vor bürgerlichen Jugendführern die Arbeiterbewegung eine "religiöse" nennen ob ihres Drängens nach oben und ihrer tiefen Sehnsucht; "eine Bewegung von religiöser Inbrunst und Kraft, wenn auch nicht in kirchlichem Sinne". Durch diesen Gefühlsstrom riß Ludwig Frank uns mit wie der Prophet die Gläubigen, nicht nur uns damals noch so Junge, sondern auch die Alten, wie außer August Bebel kein deutscher Sozialist vor ihm und keiner nach ihm; denn in keinem loderte wie in ihm die Flamme, die Köpfe und Herzen in Brand setzt.

Nach Nietzsche machen heißes Herz und kühler Kopf den Erlöser. Ludwig Frank war ein Mensch solcher Art. Kein grübelnder Gelehrter, kein suchender Buchstabentheoretiker, sondern ein klar denkender Willensmensch mit einem unendlichen Gefühlsreichtum, aus dem tiefere Kräfte wachsen, als aus der Wissenschaft großer Bibliotheken. Und in diesem großen politischen Führer eine an Zartheit grenzende Güte. Seine polemischen Reden sind Perlen feiner politischer Kultur. Wie hoch steht seine Rechtfertigung der badischen Budgetbewilligung auf dem Magdeburger Parteitage über vielen nicht selten durch Haß herabgezogene wilde Reden Bebels. Welche Kameradschaft, die nur ganz selten bissig wird gegen den Genossen, und auch dann meist gemildert durch den prachtvoll bodenständigen alemannischen Humor. Der Hieb, der entwaffnet und doch nicht Bitterkeit bei dem Ueberwundenen zurückläßt.

Seine Politik? Lest die Reden nach, die Hedwig Wachenheim in dem Bande gesammelt hat, den zum zehnjährigen Todestage der Verlag für Sozialwissenschaft herausgibt.\*) Ihr werdet finden, wie unheimlich zeitgemäß vieles davon ist, vor allem der Grundtrieb seines politischen Handelns: den Massenwillen der Sozialdemokratie sich machtvollauswirken zulassen in der Gestaltung des Staatswillens. Seine breite kräftige Hand riß Schranken nieder, die in Jahrzehnten aufgerichtet

waren, weil er sah, daß sie unseren Vormarsch hinderten. Seine Rufe zum Massenstreik kamen aus der Sehnsucht, die deutschen Arbeiter nach dem Niederwerfen des Feudalismus die Staatsgewalt durch das Parlament beeinflussen und erobern zu lassen. Diese Aufrufe des "Revisionisten" schienen denen, die alles in Richtungen schachteln müssen, "radikal", und es war doch nur das Selbstverständliche seiner Persönlichkeit, das er zu anderer Zeit in die Worte formte: "Die Tätigkeit ist das Größte, was ich in der Welt kenne." Die Tätigkeit, nicht die Beschaulichkeit, und beschaulich sind oft gerade die, die aus alten Gleisen nicht herauskommen, auch wenn sie noch so polternd und mit großen Worten dröhnend sich gebärden.

War in diesem Manne Haß? Ich weiß es nicht. Nirgends findet man eine Spur. Sicher war in ihm kein Völkerhaß. Er liebte Frankreich, wie wir alle dieser Mutter der Revolution unsere Anhänglichkeit bewahren. Wie stolz schreibt er von seinem deutschfranzösischen Verständigungswerk, das bis an den Ausbruch des Krieges heranreichte, und das erst die Mobilmachung zerschlug. Dieser Schöpfer der deutsch-französischen Friedenskonferenzen, dieser eine muß am bittersten und tiefsten die Tragik durchlebt haben, die uns im August 1914 zerriß und noch nicht voll überwunden ist. Wird die Zeit kommen, da die Gräber der Millionen Soldaten von den Vogesen bis zum Meer die tiefe Trennungsspur überwinden, die der Rhein durch Jahrtausende zwischen den beiden Völkern aufgerichtet hat?

Vaterlandsliebe, wie sie Frank erlebte, scheidet die Völker nicht, sondern verbindet sie. Dieser badische Jude konnte mit Bröger von sich sagen: "Land, mein Land, wie leb' ich tief aus dir!" Es ist ein anderes, ob einer kaum den Winkeln eines Gettos entronnen ist oder wurzellos durch die Länder schweift, und ein anderes, ob einer durch Urväter in der Scholle seiner Heimat verwurzelt steht. Wem dies Glück beschieden, den reißen keine blassen Theorien und kein seelenleerer Spott aus seinem Wurzelboden los. Wie spricht aus diesem Europäer Frank mit der Liebe zu Hellas und zu Rom mit der Bewunderung für große fremde Kulturen doch die Innigkeit zu seinem Vaterlande und den kleinsten Freuden seiner Heimat!

Ein Mann, ein Kämpfer, ein Dichter, ein Seher und ein Glaubender, ein gütiger und darum großer Mensch. Ein Führer. Vielleicht: der Führer.

Bin ich überschwänglich? Ich schäme mich dessen nicht, weil diese Stunde des Gedenkens einem gilt, der treu war und der Treue verdient. Mögen die Lauen und die Kalten lächeln, wenn ich nur Herzen der Jugend wecke für den Sozialisten und Soldaten Frank, wenn nur junge Seelen sich an dem Willen entzünden: mit dir, Ludwig Frank, mit dir!

<sup>\*)</sup> Ludwig Frank, Reden, Aufsätze und Briefe, ausgewählt und eingeleitet von Hedwig Wachenheim. Große Ausgabe, 22½ Bogen, 10 M., kleine Ausgabe, für die Jugend, 8½ Bogen, 2,50 M. Verlag für Sozialwissenschaft, G.m.b.H., Berlin SW 68, Lindenstr. 114.

### Unter dem Joch und vor verschlossener Tür

Von Robert Breuer

"Die Nationalen müssen unter das Joch (schon stehen sie halb darunter) und dann muß die Tür zur Regierung vor ihnen zugeschlagen werden," So schrieben wir anfangs Mai, nachdem Herr Hergt deutlich genug bestätigt hatte, was schon während der vorangegangenen Wahlkampagne selbstverständlich geworden war: daß nämlich die Deutschnationalen das Dawes-Gutachten unterschreiben und Erfüllungspolitiker werden würden, wenn ihnen für solche Wandlung ein tüchtiger Kaufpreis gezahlt würde. Damals bekamen die Nationalen ob solcher dreisten Offenherzigkeit Krampfanfälle. Die "Deutsche Tageszeitung" zum Exempel schrieb: "Reizvoller als der knoblauchduftende Grenadierstraßenton des Herrn Breuer ist die Naivität oder, um in seiner Muttersprache zu reden, die Chuzpe, in der er auf die Dummheit der andern spekuliert. Er ist der Meinung, aus seinem sozialistischen Milieu heraus, die Deutschnationalen wären so läufig nach Ministersesseln, wie es seine engeren politischen Freunde zu sein pflegen, und sie würden in dieser ihrer Brunst Opfer des Intellekts bringen, um deren Gegenleistung man sie betrügen könne. Obwohl die Leute seiner Rasse mit Fug und Recht im Betrügen auf eine besonders gute Note Anspruch erheben können, möchten wir doch hoffen, daß in diesem Fall die Erfolge nicht seinen Erwartungen entsprechen. Und zwar um deswillen nicht, weil die schlaue Rechnung ein Loch hat. Dies Loch besteht in der andern Einstellung der Deutschnationalen zu den Fragen des Schicksals ihres Volkes. Ihnen geht es nicht in erster Linie wie den Sozialdemokraten um innenpolitische Machtpositionen, und sie werden sich schwerlich durch das Schielen nach solchen leichten Herzens über außenpolitische Probleme hinwegsetzen."

Wenn der Hauptschriftleiter der "Deutschen Tageszeitung" heute diese monumentalen Sätze noch einmal liest und dann den Leitartikel zur Hand nimmt, den er nach dem Umfall der Fraktion Null (+ 50 -50 = 0) geschrieben hat, so dürfte ihm seltsam zumute werden. Dieser Leitartikel soll dazu dienen, die Zustimmung zum zweiten Versailles vor den deutschnationalen Wählern zu rechtfertigen: er zeigt eine einzige Kette von innenpolitischen Vorteilen, die durch die Zustimmung erreicht worden sind. Eine verhängnisvolle Linksdrehung der deutschen Politik sei vermieden worden; einer neuen großen Koalition sei man ausgewichen; man hätte verhütet, daß die Sozialdemokraten wieder Herren der Situation geworden wären, daß die Sozialdemokratie und die Linksrichtung in den bürgerlichen Mittelparteien im Reiche und in Preußen sich fest in den Sattel gesetzt hätten und ihren Einfluß maßgebend über die vor der Tür stehende Neuregelung der deutschen Zoll-

und Handelspolitik zur Wirksamkeit brächten! Dergleichen dürfte ungefähr das sein, was man innenpolitische Machtstellung nennt, und somit dürfte feststehen, daß Herr Baecker heute in aller Offenheit seinen Wählern erklärt, daß der Erfüllungspolitik zugestimmt wurde, um eben solche Machtstellungen zu sichern. In dem von ihm so verpönten, aber durch die eigenen Taten plastisch realisierten Jargon würde Herr Baecker das ein Schachergeschäft nennen müssen. Er wird jedenfalls nicht mehr bestreiten können, daß die Fraktion Null unter das Joch getreten ist, zwar nur mit 50 Prozent ihrer Beine, aber doch wirksam genug, um für alle Zeiten für die Folgen dieses neuen Versailles verantwortlich gemacht zu werden.

Um unsere Prophetie nun aber vollkommen zu machen, kommt es darauf an, daß den Unterjochten die Tür zur Regierung zugeschlagen bleibt. Heftig genug haben die Nationalen an dieser Tür gerüttelt, und die ministerielle Askese, die Herr Baecker an seinen Freunden so sehr rühmt, reichte immerhin aus, um zu verlangen, daß noch vor der entscheidenden Abstimmung Herr Marx zurücktrete, um einen Deutschnationalen an die Kanzlerschaft zu lassen. Dieser Ansturm ist abgeschlagen worden, und für's erste ist die Tür, wenn auch nicht gerade luftdicht, so doch einigermaßen zugetan. Es ist also genau so gekommen, wie wir vorausgesagt haben. Herr Baecker wird sich nicht wundern, wenn wir uns darüber freuen, und wenn wir alles dazu tun wollen, um auch künftighin der Parole, unter der wir gegen die sogenannten Nationalen den Kampf führen, zur vollen Auswirkung zu verhelfen: unter dem Joch und vor verschlossener Tür.

Noch eins: Herr Baecker hat zur Beschwichtigung seiner enttäuschten Wähler ein Argument anzuführen, von dem er sich anscheinend zauberhafte Wirksamkeit verspricht. Die Deutschnationalen hätten durch ihre Zustimmung die Reichsregierung veranlaßt, den schlimmsten Schandfleck auszutilgen, der seit dem Vertrage von Versailles auf der deutschen Ehre lag, nämlich die Schuldlüge zu widerrufen. Herr Baecker muß seine Leser ja richtig einzuschätzen wissen. Andere Leute werden sich erinnern, daß das, was der Reichskanzler Marx nach der Annahme des Londoner Abkommens über die Schuldlüge zu sagen hatte, bereits am 22. Juni 1919 von dem damaligen Reichsministerpräsidenten Bauer, einem Sozialdemokraten, vollkommen erledigt worden ist. Marx hat erklärt: "Die uns durch den Versailler Vertrag unter dem Druck übermächtiger Gewalt auferlegte Feststellung, daß Deutschland den Weltkrieg durch seinen Angriff entfesselt habe, widerspricht den Tatsachen der Geschichte. Die Reichsregierung erklärt daher, daß sie diese Festlegung nicht anerkennt." Am 22. Juni 1919 sagte Bauer vor der Nationalversammlung: "Wir legen weiterhin den größten Nachdruck auf die Erklärung, daß wir den Artikel 231 des Friedensvertrages, der von Deutschland fordert, sich als alleini-

ger Urheber des Krieges zu bekennen, nicht annehmen können und durch die Unterschrift nicht decken." Die Formel, die für die Unterzeichnung seitens der Regierung Bauer der Nationalversammlung vorgeschiagen wurde, erklärte gleichfalls: "Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei." Es wird Herrn Baecker schwer fallen, nachzuweisen, um wieviel Grade die Erklärung des Herrn Marx über das, was Bauer zur Schuldfrage schon 1919 feierlich erklärte, hinausgeht. Und so wird auch dies große Verdienst, das die Fraktion Null zur Entschuldigung ihres Umfalls für sich in Anspruch nimmt, nur dazu dienen, den verblüfften Wählern zu zeigen, wie billig die stolze schwarz-weiß-rote Phalanx sich unter das Joch und vor verschlossene Türen stellen ließ.

#### Der Kampf um die Aufwertung

Von Wilhelm Keil, M. d. R.

Die beispiellose Verschiebung, die die Geldentwertung in den Vermögensverhältnissen des deutschen Volkes herbeigeführt hat, in ihrem vollen Umfange rückgängig zu machen, ist ebenso unmöglich wie das Festhalten an der Lösung der Aufwertungsfrage, die die III. Steuernotverordnung gefunden hat. Von den Staaten, in denen die Auswirkungen des Weltkriegs die Währung zerstörten, haben bisher nur Polen und Danzig sich ernsthaft an der Aufwertung entwerteter Geldfordeund Danzig sich ernsthaft an der Aufwertung entwerteter Geidforderungen versucht. Ueber die Erfolge liegen maßgebliche Mitteilungen noch nicht vor. In Oesterreich, wo die Geldentwertung zahlenmäßig zwar nicht den Grad erreicht hat wie in Deutschland, praktisch aber den Wert der Vorkriegsforderungen auch auf den kleinen Bruchteil eines Prozents herabgesenkt hat, findet der Aufwertungsgedanke erst neuerdings, wohl gefördert durch die Vorgänge in Deutschland, stärkeren Widerhall. In England, wo der Wert des Geldes nur um wenige Prozent gesunken ist denkt man selbstverständlich nicht an eine Aufwertung. gesunken ist, denkt man selbstverständlich nicht an eine Aufwertung. Auch die Länder, in denen der Wert des Geldes auf ein Drittel bis ein Fünftel der Vorkriegsparität gesunken ist, sind der Aufwertungsfrage bisher ausgewichen. Anders in Deutschland, das auf der einen Seite den Rekord in der Währungszerstörung geschlagen, auf der andern Seite aber auch, als ihm das Wasser am Halse stand, durch radikale Maßnahmen sich rasch eine neue Währung auf der Grundlage der Vorkriegsparität geschaffen hat.

Zwar reicht die Aufrollung des Streits um die Aufwertungsfrage bis weit hinter den Zeitpunkt zurück, an dem die Rentenmark geschaffen wurde, eine Art Volksbewegung aber ist aus der Forderung der Aufwertung doch erst geworden, nachdem die Papiergeldflut mit dem geglückten Rentenmarkexperiment abgedämmt war. Starke Unterstützung hat diese Bewegung erfahren auf der einen Seite durch das Reichsgerichtsurteil vom 23. November 1923, das die Frage nach der Aufwertung unter Berufung auf den im BGB. festgelegten Grundsatz von Treu und Glauben prinzipiell bejaht und das Maß der Aufwertung im Einzelfall von den individuellen Verhältnissen des Schuldners abhängig macht, auf der andern Seite durch die unhaltbaren Aufwertungsvorschriften der III. Steuernotverordnung.

Die Reichsregierung nahm bis zur Jahreswende 1923/24 eine scharf ablehnende Haltung gegenüber allen Aufwertungsbestrebungen ein. Reichsjustizminister Dr. Heinze war noch um die Jahresmitte 1923 mit dem Aufgebot seines ganzen juristischen Scharfsinns seinem Parteigenossen Dr. Düringer entgegengetreten, als dieser sich zum Fürsprecher der Forderungen der geschädigten Gläubiger machte. An dieser ablehnenden Stellungnahme hielt auch Reichsfinanzminister Dr. Luther zunächst entschieden fest als nach Schaffung der Bentenmark dem Wirtschaftsleben eine stafest, als nach Schaffung der Rentenmark dem Wirtschaftsleben eine stabile Grundlage gegeben und die Reichseinnahmen beschafft werden mußten, die zur Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt erforderlich waren. Beim bebauten Grundbesitz wollte Herr Luther den berühmten "Hohlraum", der durch die Abstoßung der entwerteten Hypothekenschulden einerseits und stufenweise Steigerung der Wohnungsmieten andererseits entstand, für Steuerzwecke ausnützen. Obgleich Dr. Luther seine vor dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichskabinett sehr nachdrücklich vertretene grundsätzlich ablehnende Haltung in der Aufwertungsfrage im heftigen Ringen mit andern Kabinettsmitgliedern schließlich aufgab, verliebte er sich in diesen "Hohlraum" so sehr, daß er den Ländern und Gemeinden die Erhebung einer "Gebäudeentschuldungssteuer" vorschrieb, die nicht etwa ausschließlich dem naheliegenden Zweck der Förderung des Wehrungsbaues dient sondern zum sehr arbeblieben. Teil Förderung des Wohnungsbaues dient, sondern zum sehr erheblichen Teil zur Deckung allgemeiner Staats- und Gemeindeausgaben verwendet wird. Für den "Hohlraum", der bei den nichtbebauten (landwirtschaftlichen) Grundstücken durch Abstoßung der Hypotheken entstanden ist, hatte Herr Luther nicht ganz dasselbe Interesse. Hier räumte er den Ländern mit des Becht zur Erhebung einer Grundstücksentschuldungssteuer ein nur das Recht zur Erhebung einer Grundstücksentschuldungssteuer ein, schrieb sehr mäßige Höchstsätze vor und verfügte, daß die erste Zahlung dieser Abgabe nicht vor dem 1. November 1925 fällig sei. Bei gewerblichen Unternehmungen schließlich wurde der durch die Entwertung von Schuldverschreibungen (hauptsächlich Industrieobligationen) entstandene "Hohlraum" in dem bescheidenen Maße von 2 Proz. des Goldmarkbetrags, der nach Abzug des gesetzlichen Aufwertungsbetrags verblieb, direkt für das Reich in Anspruch genommen.

Zu diesen Hohlraumbelastungen trat die 15 prozentige Aufwertung, die Herr Dr. Luther sich abringen ließ, nachdem er sich mit dem anfänglichen Zugeständnis von 10 Prozent im Reichskabinett nicht durchgesetzt hatte.

Die schweren Fehler, die dieser Lösung des Aufwertungsproblems an-

hafteten, waren die folgenden: 1. Nachdem man den Boden der generellen statt der individuellen Aufwertung betreten hatte, bedeutete der Satz von 15 Proz. eine zu weit-

gehende Schonung des Schuldners zu Lasten des Gläubigers.

2. Die Ausschließung aller vor dem 14. Februar 1924 (dem Tag des Inkrafttretens der Verordnung) in Papiermark heimgezahlten Forderungen von der Aufwertung mußte als schwere Härte empfunden werden, um so mehr, als die frühere prinzipielle Ablehnung des Aufwertungsgedankens durch die Reichsregierung sehr viele Gläubiger veranlaßt hatte, die Papiermarkangsbete ihrer Schuldner als Erfüllung Auswehren.

markangebote ihrer Schuldner als Erfüllung anzunehmen.

3. Die Aufhebung jeder Zinspflicht für die aufgewerteten Beträge bis zum 31. Dezember 1924, die Festsetzung eines erst in den Jahren 1925 bis 1928 von 2 auf 5 Prozent steigenden Zinssatzes und die Hinausgebiebung der Termine zu dem frühestens die Zehlung der aufgewerteten schiebung des Termins, an dem frühestens die Zahlung der aufgewerteten Kapitalbeträge verlangt werden kann, bis zum 1. Januar 1932 verstieß gegen die soziale Moral und ließ sich mit der gebotenen Rücksichtnahme auf das allgemeine wirtschaftliche Interesse nicht durchschlagend begründen.

4. Die Gläubiger der Sparkassen, der Hypothekenbanken und Versicherungsunternehmungen wurden viel ungünstiger behandelt als die Hypotheken- und Obligationengläubiger. Denn da die genannten Institute

Der Kampf um die Aufwertung

nur einen Bruchteil der ihnen von ihren Gläubigern zur Verfügung gestellten Gelder in Hypotheken angelegt haben und daher nur diesen Bruchteil zu dem gesetzlichen Satz von 15 Prozent aufgewertet bekommen, sind sie außerstande, ihre gesamten Einlagebestände auf 15 Prozent aufzuwerten. Im Durchschnitt schätzt man den Aufwertungssatz, zu dem die Sparkassen durch die 15prozentige Aufwertung ihrer ausgeliehenen Hypotheken befähigt werden, auf 2–3 Prozent, bei manchen Sparkassen sinkt er unter 1 Prozent herunter.

5. Die Aufhebung jeder Zins- und Tilgungspflicht für öffentliche Anleihen "bis zur Erledigung sämtlicher Reparationsverpflichtungen" wird jedenfalls von den kleinen Anleihezeichnern mit Recht als bitteres

soziales Unrecht empfunden.

Auf diese Punkte insbesondere bezogen sich die Verbesserungsanträge, die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sofort nach Erscheinen der III. Steuernotverordnung gestellt wurden. Die Anträge fielen indessen unter das Fallbeil der Reichstagsauflösung.

Während sich nun im Wahlkampf die Kritik der Sozialdemokratie im Rahmen dieser Anträge bewegte, kannte die auf die Stimmen der Inflationsopfer spekulierende Agitation der bürgerlichen Parteien keine Grenzen. Selbst die Parteien, auf die sich das für die III. Steuernotverordnung verantwortliche Kabinett Marx stützte, machten weitgehende Versprechungen; die Deutschnationalen aber ließen an der ganzen Verordnung keinen guten Faden und erweckten in den Kreisen der enteigneten Mittelschichten die Hoffnung, daß sie wieder in den Vollbesitz

ihrer genommenen Vermögen gelangen würden. Sofort nach dem Zusammentritt des neuen Reichstags ergab sich, daß diese Hoffnungen trügerisch waren. Die Anträge, die von den verschiedenen bürgerlichen Parteien zur Aufwertungsfrage gestellt wurden, waren weit davon entfernt, den Erwartungen der Gläubiger und Sparer zu entsprechen. Zum Teil beschränkten sie sich auf den resolutionsmäßigen Ausdruck unbestimmter Wünsche, wie, daß der Aufwertungssatz "angemessen erhöht", für die öffentlichen Anleihen "eine gerechtere Behandlung in Aussicht genommen" werden möchte u. dgl. Da jedoch die Wahlversprechungen nicht vergessen zu machen waren, setzte man einen

besonderen Aufwertungsausschuß ein.

Auch in diesem Ausschuß herrschte zunächst allgemeine Ratlosigkeit, die weder durch die Erklärung der Regierung, daß sie aus allgemeinen finanz- und wirtschaftspolitischen Erwägungen jeder Aenderung der Ver-ordnung entschieden widerrate, noch durch die Auskünfte, die dem Ausschuß von den zahlreichen von ihm eingeladenen "Sachverständigen" gegeben wurden, zu beheben war. Natürlich waren die Sachverständigen überwiegend Interessenten: Vertreter der verschiedensten Wirtschaftszweige, der Gläubiger- und Sparerverbände, die sich in allen Teilen des Reichs gebildet haben, der Mieterorganisationen, der Spitzenverbände der Gewerkschaften, der Hausbesitzerverbände usw. Und doch war es nützlich, die Herren anzuhören, da sich nur so die Verschiedenartigkeit der Interessen und die großen Schwierigkeiten des Problems in ihrem ganzen Umfange aufrollen ließen. Hier zeigt sich nun, daß die parteipolitisch fast durchweg zu den Deutschnationalen zählenden Vertreter der großen Unternehmerverbände der Frage ganz anders gegenüberstehen, als die deutschnationalen Wahlagitatoren ihr scheinbar gegenüberstanden. Der Zentralverband der deutschen Industrie, der Zentralausschuß der deutschen Landwirtschaft, der Zentralverband des Großhandels, die Banken usw. warnten wegen der Gefahren, die sich aus einer Aenderung der III. Steuernotverordnung für die Sicherheit des Wirtschaftslebens ergeben würden, dringend vor einer solchen. Die Frage, ob neben den Reparationslasten eine nennenswerte Erhöhung des Aufwertungssatzes wirtschaftlich tragbar sei, wurde von den Unternehmervertretern durchweg verneint. Nur der Vertreter der Landwirtschaft wollte sich freigebig auf

eine Erhöhung der Aufwertung einlassen, wenn zuvor eine Reihe von Vorbedingungen erfüllt würden, nämlich 1. Ausreichender Zollschutz, 2. Rückzahlung der gezeichneten Kriegsanleihe, 3. Steuerermäßigung, 4. Frachtermäßigung, 5. Gewährung billigen Kredits. Man sieht auch hier wieder, daß die Vertreter der Großlandwirtschaft mit Kleinigkeiten

sich nicht abzugeben pflegen. Die Vertreter der Arbeiterverbände äußerten sich rein sachlich vom Standpunkt der Arbeiterinteressen aus zu den ihnen vorgelegten Fragen. Uebereinstimmend verneinten die drei Spitzenverbände (Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring und Deutscher Gewerkschaftsbund) die Frage nach der Möglichkeit der Herbeiführung eines umfassenden großen Ausgleichs zwischen Gläubiger und Schuldner. Am eingehendsten war die Aeußerung des die "christlich-nationalen" Arbeiter umschließenden Deutschen Gewerkschaftsbundes. Schreite man zu einer grundlegenden Neuregelung, so meinte er, dann dürfe man an den großen Inflationsverlusten der Versicherungsträger nicht vorübergehen; das gleiche gelte von den kleinen Sparern, besonders von denen, die — nicht immer ganz freiwillig — ihre sauer verdienten Groschen den Fabrik-sparkassen anvertraut haben; man werde nicht unterscheiden dürfen zwischen gelöschten und nichtgelöschten Hypotheken, weil sonst gerade die kleinen, meist weniger langfristigen Forderungen benachteiligt würden. Aber der Berücksichtigung dieser und anderer wichtiger Ge-sichtspunkte stünden schier unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege. Es entstehe die Gefahr einer Ueberbelastung der Wirtschaft, worunter die Arbeiter zu leiden haben würden, und nicht minder die Gefahr einer neuen Inflation. Vor allem aber sei zu befürchten, daß die Aufwertungs-last nach dem Punkte des geringsten Widerstandes, der in der heutigen Situation bei den Arbeitnehmern liege, abgewälzt werde. Das Ergebnis würde sein, daß die kleinen Gläubiger und Sparer, die sozial Schwachen, zwar eine Aufwertung ihrer Forderungen erhalten, zugleich aber die Kosten der gesamten Aufwertung zu tragen haben würden.

Diese Gesichtspunkte werden bei den ferneren Beratungen, die zunächst in einen Unterausschuß verlegt werden, nicht unbeachtet bleiben dürfen. Einstweilen sind Versuche im Gange, auf dem Wege einer Neudurten. Einstweilen sind versuche im Gange, auf dem wege einer Neu-gestaltung der Zinspflicht, sowohl für die privaten als für die öffent-lichen Schulden, den Geschädigten etwas mehr zu bieten, als die dritte Steuernotverordnung vorsieht. Man braucht sich aber nur zu vergegen-wärtigen, daß die Verzinsung allein der noch bestehenden Reichsschuld von 70 Milliarden (einschließlich der Eisenbahnschuld) zu einem halben Prozent, wie sie Zentrum und Deutschnationale angeregt haben, einen Mehrbedarf an Steuern von 350 Millionen erfordert, um sich eine Vor-

stellung von der Tragweite aller Lösungsversuche zu machen. Der zweckmäßigste Vorschlag dürfte immer noch der sozialdemo-kratische sein, der die Entschädigungspflicht gegenüber allen auf Papier-mark lautenden Forderungen aus Hypotheken, Reichs-, Staats- und Kom-munalanleihen, Sparkasseneinlagen und Lebensversicherungen anerkennt, die Aufwertung der Hypotheken auf 25 Deor arbähen des Dies von die Aufwertung der Hypotheken auf 25 Proz. erhöhen, das Plus von 10 Proz. gegenüber dem geltenden Satz von 15 Proz. einem Sozialfonds, in den auch eine besondere Abgabe von den bis zu einem gewissen Grad geretteten oder den gewachsenen Vermögen fließen soll, zuweisen und aus diesem Sozialfonds Beiträge zur Erhöhung der Aufwertung der Sparkasseneinlagen und zur Verzinsung der öffentlichen Anleihen kleiner bedürftiger Zeichner gewähren will. Diesem Vorschlag liegt der soziale Gedanke zugrunde, daß die Opfer der Inflation möglichst gleich zu behandeln sind, daß die Lasten in erster Linie von denen getragen werden müssen, die trotz Inflation nicht verarmt sind, und daß sowohl jede Gefährdung der stabilen Währung als auch neue wirtschaftliche Zerrüttungen vermieden werden müssen. Ob dieser Gedanke Gnade bei den bürgerlichen Parteien findet, muß sich erst noch zeigen.

#### Der wirtschaftliche Inhalt des Londoner Paktes

Von Dr. C. Mierendorff

2. Die Sachlieferungen.

Die zweite Anlage des Londoner Protokolls enthält neben einer Bestimmung über das im Abkommen mit der Repko vorgesehene Schiedsgericht und zwei Bestimmungen, die die Arbeitsweise des Transfer-(Uebertragungs-)komitees bei einigen strittigen Fällen betreffen, vor allem eingehende Bestimmungen bezüglich der Sachlieferungen.

Schon aus den Beschlüssen der dritten Kommission der Londoner Konferenz, die die Basis des Abkommens schuf, war ersichtlich, daß französischerseits die Sachlieferungsfrage sehr gründlich ins Auge gefaßt wurde. Offenbar glaubte man sich gegen etwaige Unmöglichkeit der Transferierung von Barbeträgen von vornherein weitestgehend sichern zu müssen. Leider ist mit diesem Gedanken der Transferunmöglichkeit von manchen deutschen Befürwortern des Dawes-Planes angesichts der starken Passivität der Handelsbilanz während der ersten sechs Monate dieses Jahres etwas sehr stark gespielt worden, so sehr, daß französischerseits Bedenken, bezahlt zu werden, entstehen mußten. Würde doch jedes Ausbleiben ansehnlicher Reparationssummen die französische Finanzlage noch prekärer gestalten, als sie ohnehin ist. Im Interesse Deutschlands liegt es, daß eine solche Komplikation vermieden wird. Man vergißt bei uns leider immer wieder, daß Herriots Position in nicht geringem Maße sozusagen eine Funktion der Wechselkurse des Francs ist, wenn eine solche despektierliche Wendung einmal erlaubt ist.

Die französische Delegation hatte bei alledem sicherlich nicht die prinzipielle Feststellung des Sachverständigenberichts übersehen, wonach es letzten Endes in seiner Wirkung auf die Stabilität der Währung auf dasselbe hinauskommt, ob Bar- oder Sachleistungen verlangt werden. Andererseits hat der Dawes-Bericht auch betont, daß Sachlieferungen bis zu einem gewissen Grade einen Anreiz zur Erhöhung des Ausfuhrüberschusses bilden und verhindern helfen können, daß etwaige deutsche Auslandsgewinne dem Reparationsdienst vorenthalten werden. Vielleicht ist das französische Vorgehen solchen theoretischen Erwägungen zuzuschreiben.

Da die Finanzierung der Lieferungen aus dem Konto des Reparationsagenten erfolgt, wurde nunmehr festgelegt, daß es dem ihm zur Seite stehenden Uebertragungskomitee überlassen bleibt, in welchem Umfange Sachleistungen den Bezahlungen vorgezogen werden. Die Bezahlung erfolgt auf "gewöhnlicher geschäftlicher Grundlage", überhaupt wird diese Basis der Lieferungen durchgehends betont. Es werden Lieferungsprogramme aufgestellt, die von Zeit zu Zeit der Nachprüfung unterworfen werden, und Deutschland erkennt an, daß darin auch Gegenstände aufgenommen werden können, die bisher auf Grund des Versailler Vertrages ausgeschlossen waren. Die deutsche Regierung erleichtert soweit als möglich die Durchführung dieser Geschäfte und sorgt für die Erhaltung der Voraussetzungen, daß sie "unter gewöhnlichen geschäftlichen Bedingungen" zustandekommen können. Andererseits verpflichten sich die Allwerten, soweit als möglich Wiederausfuhr der Sachlieferungen zu verhindern. Sie werden auch alles tun, um die Lieferung auf "unmittelbarem" Wege zu erzielen, d. h. also möglichst das Einschieben von Zwischenhandelsorganen zu vereiteln suchen.

Für die Bearbeitung des gesamten Sachlieferungskomplexes wird eine neue Instanz gebildet, ein sechsköpfiges, paritätisch besetztes "Sonderkomitee". Ihm wird die eigentliche Organisation der Lieferungen übertragen, immer vorbehaltlich der Zustimmung der eigentlich dafür zuständigen Reparationskommission, der sie untergeordnet bleibt. Das Komitee hat die Aufgabe, das Verfahren über die Verteilung von Aufträgen und die Bedingung für ihre möglichst zufriedenstellende Ausführung festzustellen, außerdem u. a. die Maßnahmen gegen solche Personen zu empfehlen, die das Wiederausfuhrverbot verletzen. Laut Schlußabsatz der "Bestimmung 2" hat das Komitee die sehr wichtige Befugnis bezüglich der Produkte, die nicht Kohle und Koks usw., Ammoniak und chemische Produkte sind, aber als Sachlieferungen in Frage kommen, eine detaillierte Liste aufzustellen, dabei Höchstmengen nach Gewicht und Wert festzusetzen und Gegenstände auszuschließen, die nachweisbar für die deutsche Wirtschaft unentbehrlich sind. Durch die Zwischenschaltung dieser (paritätischen) Instanz hat Deutschland sich zweifellos die wichtige Möglichkeit der Mitarbeit und Mitwirkung bei der Abwicklung der Sachlieferungsgeschäfte gesichert. Sie war keineswegs im Dawes-Bericht vorgesehen.

Was die Art der zu liefernden Waren angeht, so ist wichtig zu wissen, daß die für Kohlen- und Kokslieferung im Versailler Vertrag vorgesehene Frist von 10 Jahren in Fortfall gekommen ist und die Lieferung von chemischen Produkten erst am 15. August 1928 aufhören soll.

Von großer Bedeutung ist die Einschaltung eines Schiedsgerichtsverfahrens auch hier und die Garantierung der Lieferung durch die deutsche Regierung bei

Paris neben der Politik

gewissen Umständen. Das Schiedsgericht ("Schiedskommission") greift bei Meinungsverschiedenheiten über die Lieferungsprogramme ein, Vorsitzender ist ein amerikanischer Bürger. Die Garantieleistung der deutschen Regierung hat zu erfolgen, wenn durch die Schiedskommission festgestellt worden ist, daß infolge "tatsächlicher Maßnahmen absichtlicher Diskriminierung oder absichtlicher Obstruktion seitens der deutschen Regierung oder Lieferanten" geschäftliche Lieferungen nicht in dem geplanten Umfange abgeschlossen werden konnten. In diesem Fall hat die deutsche Regierung die Lieferung nach Menge und Preis "sicherzustellen".

Alle diese Bestimmungen tasten nicht den Grundriß des Dawes-Planes an. Die Befugnisse des Transferkomitees gelten nach wie vor, an der Stabilität der Währung haben alle Sachlieferungswünsche ihr natürliches Ende. Die Sachverständigen hatten schon ausdrücklich zur Bedingung gemacht, daß die Sachlieferungen sich auf die natürlichen Erzeugnisse Deutschlands beschränken müssen, keinesfalls Waren betreffen dürfen, die einen wesentlichen Prozentsatz erst importierter Rohstoffe enthalten. Dies gilt ebenfalls ausdrücklich nach wie vor. Darüber hinaus ist aber noch folgende Bedlingung zum Grundsatz gemacht: Die Sachlieferungen sollen "den Produktionsmöglichkeiten Deutschlands, der Lage seiner Rohstoffversorgung und den notwendigen inneren Bedürfnissen zur Aufrechterhaltung seines sozialen und wirtschaftlichen Lebens ... Rechnung tragen".

## Die Roggenwährung

Von Wilh. Nöllenburg

Bekanntlich rühmen sich die Deutschnationalen, daß die Rentenmark eigentlich gar nicht von dem Demokraten Schacht, sondern von ihrem Leithammel Helfferich erfunden sei. Ohne weiteres wird zugegeben, daß H. allerdings eine Roggenwährung habe einführen wollen. Es ist nun interessant festzustellen, was aus einer Roggenwährung geworden wäre. Eine Handhabe hierzu geben die Kurse der Roggenwertanleihen.

Geschaffen in den Zeiten des größten Währungsverfalles als wertbeständige Kapitalanlage unterliegen sie heute schon außerordentlichen Kursschwankungen. Schon an und für sich lag der Roggenpreis am 1. Juli 1924 etwa 33 Proz. unter dem Preise vom Juli 1914 (6,50 M. gegen 8,25 M.), mit der "Wertbeständigkeit" des Roggens ist es also nichts. Aber noch böser sieht es mit den Kursen der Roggenwertpapiere aus. Bekanntlich lauten die Roggenwertanleihen über 1 Zentner Roggen, d. h. sie werden bei Verfall zu dem Geldbetrag zurückgezahlt, der an der Börse für 1 Zentner Roggen notiert wurde. Die Verzinsung beträgt im allgemeinen 5 Proz. Da nun aber dieser Zinssatz für heutige Verhältnisse viel zu gering ist, so ist hierin schon eine Minderbewertung

von 20—30 Proz. begründet. Nun beträgt aber die Minderbewertung nicht nur 20—30 Proz., sondern 40—70 Proz., d. h. also mit anderen Worten, die Roggenrentenanleihen werden nur mit ein Drittel bis zur Hälfte ihres Wertes gehandelt. Von 20 untersuchten Anleihen hatten einen Kurs am 1. Juli 1924:

zwischen 30 und 40 Proz. 9 Anleihen, zwischen 40 und 50 Proz. ebenfalls 9, zwischen 50 und 60 Proz. 2 Anleihen.

Am geringsten bewertet werden die Roggenpfandbriefe der landwirtschaftlichen Körperschaften. So notiert z. B. der Roggenpfandbrief der Landschaft der Provinz Sachsen mit 2,20 M. pro Zentner Roggen, der der Provinz Schlesien mit 2,25 M. Die Roggenwerte der Stadt Berlin wurden mit 5,25 M. gehandelt, und es verdient hervorgehoben zu werden, daß der sozialistische Magistrat der Stadt Berlin, um sein Wort einzulösen, die Wertbeständigkeit durch Kursstützungen sichert, wohingegen die feudalen Herren der Landschaften sich weiter nicht um den Stand ihrer Anleihen kümmern.

Aus dem Fallen der Roggenrentenbriefe erkennt man aber, was es mit der Wertbeständigkeit der Helfferichschen Roggenwährung auf sich gehabt hätte. Man hätte sie nur halten können durch künstliches Verteuern der Getreidepreise, also Einführung von Getreidezöllen und Ausfuhrprämien. Zweifellos haben diese Hintergedanken bereits bei Vorschlag der Roggenwährung bestanden, sie sind auch würdig der Erfinder der "Dolchstoß-Legende". —

# Paris neben der Politik

Von Alfons Fedor Cohn

Man kann auch zu seiner Erholung nach Paris fahren, wenn man von vornherein auf die Politik, die Baedeker-Sehenswürdigkeiten und die sogenannten Amüsements verzichtet. Erinnerungen an frühere Aufenthalte — vor sechzehn, vor zwölf Jahren — locken mit den Bildern unvergleichlicher großstädtischer Idylle für die Sinne, die das Aufnahmebedürfnis der Ruhe haben. Von Zeit zu Zeit springt die Empfindung auf: diese Großstadt, die es doch seit Jahrhunderten ist, mit ihren lastenden geschichtlichen Denkmälern in Wort und Stein, mit ihren zahlreichen verschachtelten, licht- und luftversperrten Vierteln, ihren lärm- und bewegungerfüllten Boulevards und Vorstadtavenuen, liegt eigentlich "in der Landschaft". Am stärksten mahnt daran die Seine; an verhangenen nebeligen Wintertagen, in der stickigsten, bewegungslosesten Sommerschwüle wird man sich unten am Fluß des Hügellandes bewußt: stets streicht eine frische, befreiende Brise durch das Tal. Der Himmel hat eine spiegelnde, durchsichtige Höhe, wie sie sonst eine Tag und Nacht Rauch atmende Großstadt nicht zuläßt; die Schwärme der gereckten Schornsteinhälse, für die zerklüftete Pariser Dachkontur so kennzeichnend, scheinen destillierend zu wirken. Die breiten kiesbedeckten, baumbestandenen Promenaden, die jetzt als Außenboulevards die alte Stadt umschließen oder als Vorstadtavenuen aus ihr herausleiten, gleichen Landstraßen vor der Stadt zwischen Gartenhäusern oder ahmen sie unbewußt nach. Die Parks vollends haben nichts von jenen kommunalen Erholungsstätten, wie bei uns und in Nordeuropa, sorgfältig und unvermittelt aus dem Steinmassiv herausgeschält. Gewiß sind auch sie für das Volk da, mehr dessen ausgesprochenes Eigentum als irgendwo; aber sie sind nicht dafür erdacht, noch immer sind sie die vergangenen und doch

unvergänglichen Lustgärten der Herren, die einst in den dazugehörigen Palästen Haus hielten. Nie und nirgendwo kann und darf man die schwer wandelbare Tradition dieser Stadt vergessen.

Diese Tradition regelt den Alltag bis auf die Stunde. Man frühstückt zwischen 12 und 2, man ißt Mittag zwischen 6 und 8, mit wenigen Ausnahmen, in allen Ständen. Um Mitternacht geht die Stadt zur Ruhe, daran hat der Krieg nichts gebessert, nichts verschlechtert; das berüchtigte Berliner Nachtleben der Vorkriegszeit hat Paris nie gekannt. Soweit es ein Nachtleben in Restaurants gibt, ist es vielfach harmlos, wie im Studentenviertel, wo man bei einem Glase Bier, einem Schinkenbrot oder Würstchen mit Kraut, ohne Musik, Gebrüll und Trunkenheit, noch beieinander sitzen kann; soweit es nicht harmlos ist, wie besonders auf dem Montmartre, ist es eine traurige übelschmeckende Fremdenindustrie. Das sogenannte Laster, das stets und überall der Ausdruck der männlichen Sitte in Geist und Geste ist, verkriecht sich auch hier nicht, wahrt aber ein Mindestmaß von Form, um die Gemeinschaft nicht von vornherein zu einem Stoffwechselhandel zu degradieren. Das börsenartige Straßenangebot, das andersorten fast gesellschaftsfähig auftritt, muß man hier schon als außerordentlichen Unglücksfall vermerken.

Am Abend meiner Ankunft gehe ich in mein altes Wohnviertel beim Odéontheater nahe dem Luxembourggarten. Das kleine möblierte Hotel mit demselben Namen liegt unverändert, hinter der erleuchteten Scheibe des Empfangsraums muß es genau so aussehen wie vor anderthalb Jahrzehnten. Die Wäscherei und der Kolonialwarenhandel daneben sind noch zu finden, aus dem Theater treten in der Pause die Besucher, gerade hier, von jeher mehr künstlerische Enthusiasten als Zerstreuungsbedürftige oder Gesellschaftssklaven. Bei diesem Publikum ist etwas international Verbindendes, obwohl darunter sicherlich viel weniger Fremde sind als in den Theatern des rechten Ufers. Das linke Ufer ist ja das eigentliche Paris, sein Hirn, hier liegen Kammer und Ministerien, die Universität und die Künstlerwerkstätten, die längst vom Montmartre abgewandert sind. Das rechte Ufer hat gewiß die meisten Theater, die großen Hotels und die teuren Restaurants; aber das ist doch eben die Fremdenstadt, die jetzt besonders auf die Bedürfnisse der Amerikaner zugeschnitten erscheint, doch nicht diejenige Eigenart von Paris bewahrt hat, weswegen man sie als Frankreichs größte Provinzstadt bezeichnet hat.

Am andern Tage, als ich mein altes Frühstückslokal am Boulevard St. Michel aufsuche, finde ich fast alles unverändert an seinem Platz. Die Buchhandlung Flammarion, die auch unter den Odéonarkaden ihren Stand hält, hat sich etwas ausgedehnt, auf der andern Seite wohnt noch der Papierhändler, der Bandagist, hier der Bäcker, dort der Konditor, die Restaurants haben dieselben Namen, haben dasselbe Gesicht. Man ist frappiert von der Einsicht: der Krieg, der seine bedrohliche Front näher als 100 Kilometer an die Stadt herangedrängt hatte, hat das bürgerliche Erwerbsleben bei weitem nicht so ausmergeln und durcheinanderwerfen können wie bei uns. Die wenigen Renommierspuren, die von Fliegerangriffen geblieben sind, muß man aufsuchen, um sie zu bemerken, wie am Kriegsministerium.

Ja, nicht nur scheint die soziale Erschütterung nicht so tief gegangen zu sein, es sind vielmehr konsolidierende Elemente entstanden oder sichtbarer geworden. Die anglo-amerikanische Invasion hat, wohl schon während des Krieges, ein Mindestmaß von hygienischem Komfort in den Logierhäusern erzwungen, man hat überall besondere Waschräume mit fließendem Wasser in den Zimmern, Kanalisation und Zentralheizung. Die Hauptstraßen wirken gegen die Berliner und gegen ihre eigene Vergangenheit geradezu sauber. Der ganze Verkehr ist musterhaft

und vor allem seinem Zweck gemäß, d. h. er dient dem Publikum und mißbraucht dies nicht als willenloses Objekt. Die Untergrundbahn, die jetzt in beinahe einem Dutzend Linien die ganze Stadt durchzieht, so daß man im allgemeinen in höchstens einer halben Stunde von jedem Punkt der Stadt einen andern erreichen kann, führt in jedem Zuge drei Wagen zweiter, einen Wagen erster Klasse. Raucher sind ausgeschlossen. (Dagegen raucht man in den Kinos genau so wie in Restaurants oder Revuetheatern, ohne daß man von einer erhöhten Feuersgefahr gehört hätte.) Die erste Klasse hält stets an einer bestimmten Stelle, so daß man bei den drei Doppelschiebetüren an jeder Wagenseite jedesmal sofort seinen Platz in beiden Klassen findet. Der Aufenthalt kann auf wenige Sekunden beschränkt werden, die Türen schließen sich hydraulisch vom Führerstand aus, bei wirklichem Andrang verriegelt der Billeteur den Bahnsteig, so daß niemals ein Gedränge an den Wagen selbst, geschweige im Innern entstehen kann. Aehnlich ist der Zugang bei den Autobussen, die den oberirdischen Verkehr in der inneren Stadt besorgen, und bei den elektrischen Straßenbahnen, die an der Peripherie und nach den Vorstädten laufen und nicht, wie bei uns, die innere Stadt blockieren; in der Reihenfolge der Nummern, die man bei starkem Verkehr an den Haltestellen entnimmt, steigt man auf. Auf diese Weise wird das Fahren, was es bei uns fast nie ist, zu einer Ruhepause zwischen den Arbeitszeiten, und es ist keineswegs zu unterschätzen, was das bei den Hunderttausenden täglich an Kraftersparnis, an Nervenschonung und damit an Förderung des allgemeinen Gleichgewichts bedeutet.

Die Pflichten des Verkehrspublikums werden nicht so sehr nach rechtlichen und technischen Gesichtspunkten reglementiert, sondern mit psychologischer Elastizität zwischen persönlicher Bewegungsfreiheit und allgemeinem Sicherheitsbedürfnis eingepaßt. Das Fahren der Autos, die Pferdewagen nun völlig verdrängt haben, erscheint zunächst vollständig wild und lebensgefährlich. Höchstgeschwindigkeit, wenn überhaupt festgesetzt, wird nirgends eingehalten. In den breiten Hauptstraßen jagen die Fahrzeuge in drei, vier Reihen neben, hinter, umeinander her, nicht wie ein technisch gelenkter Wagenpark, sondern wie ein aufgelöste Reiterfantasia, weichen aus und überholen einander blitzschnell mit Zentimeterkurven wie ein Zweirad, sausen an den Fußgängerpassagen rücksichtslos vorbei, wenn nicht zufällig hier und da ein Polizist mit seinem Stabe ein kurzes Halt veranlaßt. Auf der Avenue-deschamps-Elysées, die Octave Mirbeau schon vor zwanzig Jahren in seinem Automobilbuche das wahre Vaterland der Automobilisten genannt hat, in den Nachmittagsstunden, muß man oft minutenlang nach einer Furt im Autostrome suchen. Und dennoch sind Körperverletzungen oder gar Todesfälle, durch Autos verursacht, nämlich, wissen die Fahrer, setzt es zwischen dieser Drohung und ihrer Geschicklichkeitsleistung läßt man

ihnen jegliche Freiheit.

So steht es auch bei der Eisenbahn und der Straßenbahn. Wirkliche Uebertretungen werden fühlbar geahndet. Die Bußen, die deswegen in den letzten Jahren verhängt wurden, sind überall auf den Bahnhöfen und in den Straßenbahnwagen warnend plakatiert.. (Auf Banknotenfälschung steht großzügig lebenslängliches Zuchthaus.) Aber wie sich der traditionelle pittoreske Schmutz sichtlich verringert hat, so ist auch der landläufige Kleinbetrug in den Gaststätten und im Ladenverkauf ganz selten geworden. Die Differenz zur Valuta der andern Länder der lateinischen Münzkonvention hat die nichtfranzösischen Franken und Centimes verbannt und schließt damit die früher beliebten "Unregelmäßigkeiten" mit gefälschtem oder außer Kurs gesetztem Metallgeld aus. Wenn man heute mit französischem Geld betrogen wird, so geschieht das von denjenigen Stellen, die die Saar- und Regiefranken des besetzten Gebiets eingeführt

haben und ihre Landsleute nicht dazu zwingen können, diese Assignaten im eigenen Lande einzulösen.

Dieser äußerlichen Säuberung, die wohl kaum bis auf das Groß-geschäft eingewirkt hat, sind manche Typen im Straßenbilde zum Opfer gefallen. Seltener geworden ist die uniforme Schontracht der Schul-kinder, die schwarze Alpakaschürze, die ihnen unwillkürlich einen geist-lichen Schatten gab, verschwunden sind die Rapins, die einheitlich kostü-mierten Künstler mit Kalabreser, Busenschleife und Hosen à la kopfgestellter Zuckerhut, verschwunden die roten Leibbinden der Arbeiter und die Samtbarrets, und nur ganz vereinzelt zeigen sich noch die Straßen-sänger an einer Straßenecke oder vor kleinen Restaurants, die mit einer klassischen Konservatorienaussprache die sentimentalsten Lieder schmelzen ließen und von deutschen Literaten oftmals als romantisch-proletarisierte Halbbrüder betrachtet wurden. Die Arbeitstracht wie das "Kostüm" bei denen, die damit wirken wollen, beginnt sich zu amerikanisieren; der Arbeiter trägt jetzt, wie fast überall, den Sixpence auf dem Kopf, und die Kunstjünger des Montparnasse laufen in Sportanzügen über die Straße.

Auf dem Boulevard Montparnasse, einander gegenüber wie Scylla und Charybdis für jeden, der es irgendwie, irgendwann mit den Schreibern, Pinslern und Meißlern gehalten hat, liegen die beiden berühmten, nun auch stark verbürgerlichten Cafés "Du Döme" und "La Rotonde" mit ihren enggedrängten Terrassentischchen. Hier gibt es, wenn man einer boshaften Uebertreibung glauben darf, überhaupt keine Franzosen, sondern nur Ausländer. Gewiß ist hier manches von der Inflation hereingeschwemmt worden: Deutsche und Skandinavier, die hier für die wenigen, daheim verfügbaren Mark oder Kronen das vielfache an Franken eindaheim verfügbaren Mark oder Kronen das vielfache an Franken eintauschen und, wie es bei manchem Entgleisten vor dem Kriege üblich war, unbemerkt untertauchen können. Die unbestrittenen Herren sind aber, wie in der ganzen Stadt, wo Fremde erscheinen, die Amerikaner, junge Bürschchen vielfach und klassenunbestimmte Figuren, von übelsten Ma-nieren, Kunstweiber mit Männerköpfen und Hornbrillen oder verhutzelte respektheischende Familiendamen, die sich wie Neger mit den teuersten Schaustücken des Pariser Luxus behängen. Wenn bei den Parisern ein gewisser Unwille gegen Fremde besteht, so gegen die rücksichtslose und geschmacklose Aufgeblasenheit; Mißstimmung gegen den einzelnen Deutschen habe ich weder erlebt noch trotz eifriger Nachfrage je berichten

Eines Tages, um die noch taghelle Dinerstunde, sitzen vor der "Rotonde" zwei Paare in altgriechischer Tracht, mit Augengläsern und Zigaretten im Munde. Ein paar Kinder bleiben erstaunt stehen, die Vorübergehenden werfen einen flüchtigen Blick, ohne Wort und Grimasse, darauf; denn man wird hier nur bemerkt, wenn man durchaus bemerkt werden will. Niemand fällt es ein, sich den Hals zu verrenken, seinen Begleiter mit dem Ellenbogen zu stoßen oder aufzuwiehern, wenn man einer in Gesichtsschnitt, Haltung oder Kleidung ungewöhnlichen Erscheinung begegnet. Man beläßt jedem seine Eigenart und kann sie daher scheinung begegnet. auch für sich fordern. Nach einer Stunde entsteht in einer Nebenstraße lautes Halloh. Eine ganze Schar Kostümierter, hellenisch, ägyptisch, indianisch, in freier Kombination aller Stile, manche dreiviertel nackt, rot und braun die Haut bepinselt, bringen vor einem stillen, vornehmen Hause eine wilde Huldigung. Gegen Abend taucht eine noch größere Gruppe am Bahnhofsplatz auf, entert einen Autobus, im brüllenden Takt den Chauffeur rufend, ein Schutzmann betrachtet sich den Ulk von fern und geht lächelnd seines Weges, der Kondukteur, dem man die Mütze vom Kopf gezogen hat, findet sich gutmütig darein und gibt das Abfahrtszeichen. Immer neue Trupps zu Fuß und in Autos ziehen über den Boulevard Montparnasse — in der Nacht findet der Ball der Kunstjünger, Bal des Quat'-z-Arts, draußen im Lunapark an der Porte Maillot statt.

Am nächsten Vormittag gegen elf sitzt ein einsamer ägyptischer Krieger, mit Lendenschurz und die Lanze in der Faust, bleich, aber würdig in einem Straßenbahnwagen, ohne daß sich auch nur ein boshafter Blick, ein schadenfroher oder entrüsteter Zuruf gegen ihn richtet.

Solche Ausgelassenheit der Jugend erhält doch ihre besondere Farbe durch die Art, wie sie allenthalben aufgenommen und toleriert wird. Diese sichtliche Kindlichkeit der ganzen Bevölkerung ist nicht so sehr Gutmütigkeit, als eine engere Naturverbundenheit, ein unmittelbares Leben und Erleben mit den Sinnen. Wir unsererseits neigen allzusehr dazu, das konkrete sinnliche Erlebnis zu spiritualisieren, es zu verallgemeinern oder moralisch zu zerlegen. Grade nicht der hemmungslose Lebensgenuß, wie die allgemeine Vorstellung nach den sichtbarsten Exponenten der Fremdenindustrie ihn den Eingeborenen selbst angedichtet hat, ist beim Franzosen das vorherrschende, sondern ein wohl abgewogenes Auskosten jeder, auch der bescheidensten Sinnenfreude. Der Durchschnitt ist außerordentlich genügsam, was sich nicht nur in dem verbreiteten Kleinrentnerwesen ausdrückt, sondern auch in der oft übel ausgenutzten, unbegrenzten Arbeitsdauer der Angestellten. In den Backwarenläden, die oft einen beliebten Abschluß eines abendlichen Cafébesuchs bilden, hocken bisweilen bis Mitternacht die Verkäuferinnen, um ein paar Franken einzunehmen, in den Arbeitervierteln halten nicht nur die Geschäfte für den dringendsten Tagesbedarf, sondern sogar die Warenhäuser am Sonntag Vormittag offen, in meinem letzten Hotel saß der Chef jede Nacht bis 2, 3 Uhr im Empfangsraum, empfing die Gäste und schloß seine Rechnungen ab.

Dafür wird jede Arbeitspause ganz naiv genossen; es ist die reine Freude am Dasein, die hier das Beherrschende ist. Man nehme nur das Essen in den einfachsten Restaurants. Bei uns gipfelt die Essensfreude darin, daß man sich den Teller mit allem, mit Fleisch, Gemüse, Kartoffeln, womöglich noch Salat oder Kompott möglichst vollpackt. Der Pariser, auch an den einfachsten Gaststätten, genießt dasselbe, indem er es in lauter einzelne Gänge zerlegt. Er beginnt etwa mit einer Sardine oder ein paar Radieschen mit Butter, nimmt eine Scheibe Braten, dann ein Gemüse und vielleicht noch einen Gang Röstkartoffeln für sich, um mit einem Käse oder einem Kompott zu schließen. (Das kostet mit Wein und Brot im Menu etwa 4 Franken oder 90 Pfennig.) Natürlich spricht hierbei das Klima ebenso mit wie bei der Erscheinung, daß sich ein großer Teil, auch des geschäftlichen Lebens, in der doch sehr ausgedehnten warmen Jahreszeit, auf der Straße abspielt. Die meisten Geschäfte bis zu den feinsten Warenhäusern haben Warenauslagen auf der Straße wie bei wie den Jahreszeiten auf der Bernen Straße wie bei uns auf den Jahrmärkten, auf den großen Plätzen sind dauernd fliegende Stände in geschlossenen Gruppen aufgebaut. Auf der Place de la République, den man nach Lage und Verkehr etwa dem Berliner Alexanderplatz vergleichen könnte, spielt der kleine Mann auf dem Frühstückspausenweg ein Glücksspiel, dessen Gewinn eine Weckeruhr oder ein Paket Schokolade ist. Der Einsatz ist so gering, daß er selbst bei dem kleinsten Angestellten kein fühlbares Loch reißt, und der Gewinn so selten, daß es darum allein nicht gehen kann. Es ist ein reiner Zeit-

vertreib, ein paar Minuten billiger Spannung.

Man muß sich jedoch bewußt sein, daß man mit solchen Beobachtungen, ob man sie nun zwei Wochen, wie diesmal, zwei Monate oder zwei Vierteljahre fortsetzt, immer nur an der Oberfläche bleibt, bestenfalls in der Unterklasse heimisch wird. So ist das Volk, wie wir es sehen können, das in den rein materiellen Bedingungen vielfach so lebt wie unser früherer Mittelstand. Der ganze soziale Oberbau hat damit vielleicht einen oder den anderen Wesenszug gemein, entzieht sich aber unserer Kenntnis und ganz bestimmt unserer Zuneigung. Die brutale, rein plutokratische Scheidung in Ober- und Unterklasse hat unsereins schon vor Jahrzehnten aufs herbste enttäuscht, als man noch mit dem Glauben an ein demokratisches Gemeinwesen und die Souveränität des Geistes über den Rhein reiste. Daß der Krieg daran nichts gebessert hat, dürfte nach allen sonstigen Erfahrungen sicher sein; ob eine neue Entwicklung in dieser Beziehung möglich sein wird, dürfte dagegen von dem allgemeinen wirtschaftspolitischen Kurse des Landes abhängen.

## WIRTSCHAFTLICHER RUHDBLICK

Aktive Handelsbilanz. Im Juli war die deutsche Handelsbilanz aktiv. Immerhin ein kleiner Lichtblick in den Nebel-Ein Sieg Dr. Schachts schwaden der Wirtschaftskrise. Die Monate des ersten Halbjahrs 1924 waren durch eine starke Passivität in der Handelsbilanz gekennzeichnet. So betrug z. B. im Mai der Ueberschuß der Einfuhr gegenüber der Ausfuhr 354 Millionen Goldmark. Diese Ziffer verminderte sich im Juni auf 278 Mill. G.M. Nun sind diese Feststellungen des zuständigen Reichsamts keineswegs als sicher anzusehen. Die Besetzung der wichtigsten Exportgebiete im Westen des Reichs hatte ein unkontrollierbares Loch geschaffen, wo die Waren auf geraden und auf krummen Wegen hinein- und herausströmten. Insofern war die Statistik sehr mangelhaft, während sie früher als genauer Gradmesser der Handelsbilanz angesehen werden konnte. Aber auch sonst waren die offiziellen Publikationen auf diesem Gebiete aus besonderen Gründen stark frisiert. Nun ist im Monat Juli ein Ausfuhrüberschuß in Höhe von 17 Mill. Goldmark errechnet worden. Diese günstige Wendung entspringt verschiedenen Ursachen. So war z. B. gleich nach der Stabilisierung der deutschen Währung ein Hereinströmen von sogenannten Genußmitteln in beängstigender Fülle wahrnehmbar. Apfelsinen türmten sich in deutschen Großstädten zu Bergen. Man freute sich, wieder uneingeschränkt in den Besitz solcher Südfrüchte zu gelangen. Doch mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise ließ auch die Kaufkraft der großen Masse nach. Kein Wunder, daß dies im Konsum von Genußmitteln am ersten in Erscheinung trat. Der wichtigste Grund der passiven Handelsbilanz lag aber in der Preisentwicklung unserer Exportartikel. Die Kanäle, aus denen deutsche Waren auf den Weltmarkt hinausströmten, waren aus mannigfachen Ursachen verschüttet. Die Gründe hierfür sind an dieser Stelle des öftern dargelegt worden. Vor allem waren unsere Preise zu hoch, um ausländische Käufer für unsere Waren zu interessieren. Unsere Fabrikanten und Exporteure bewahrten in der Preisfestsetzung einen so hartnäckigen Konservativismus, an dem gute Vorschläge wirkungsvoll abprallten. Der Ratschlag des Reichsbankpräsidenten, daß Besitz nichts und Erwerben alles sei, wurde in den Wind geschlagen. Man wollte sich an den Gedanken nicht gewöhnen, daß nur durch einen rücksich as den Gedanken nicht gewöhnen, daß nur durch einen rücksichtslosen Preisabbau der Wiederanschluß an den Weltmarkt
zu erreichen sei. Man saß auf vollen Warenlägern und schrie wie besessen: Kredit! Kredit! Da setzte jener charakteristische und für
die zukünftige Entwicklung äußerst heilsame Kampf zwischen der kredithungrigen Geschäftswelt und der neuen Reichsbankleitung ein, der schließlich mit dem Siege der letzteren endete. Ein Glück für die deutsche Wirtschaft, daß es so kam. Hätte man dem Teufel auch nur den kleinen Finger gereicht, dann wäre alles, auch die Stabilität des deutschen Geldes verloren gegangen. So mußten unsere Sachwertbesitzer herunter von dem Juliusturm ihrer Warenbestände. Deutsche Waren wurden wieder exportfähig und vermochten auf dem Weltmarkt als Konkurrenz aufzutreten. Die Einfuhr verminderte sich im Juli gegenüber dem Vormonat von rund 753 auf 556 Mill. G.M. Demgegenüber stieg die Ausfuhr von rund 475 auf 573 Mill. G.M. Erfreulich an diesen Ziffern ist der Umstand, daß die Artikel, die in dem Begriff "Fertige Waren" zusammengefaßt sind, in der Einfuhr von 216 aut 140 Mill. G.M. herunter- und in der Ausfuhr von 383 auf 445 Mill. G.M. hinaufgingen. Ungünstig mutet das Resultat der Statistik in dem Kapitel "Rohstoffe" an. Hier wich die Einfuhr von 303 auf 198 Mill. G.M. Da die Rohstoffausfuhr infolge Verlustes wichtiger Rohstoffquellen (Oberschlesien, Saargebiet, Elsaß-Lothringen usw.) naturgemäß gegenüber dem Friedensstand nachlassen muß, ist die Ausfuhr von Fertigfabrikaten, in denen menschliche Arbeit in hohem Maße enthalten ist, das Gebot der Stunde. — Das Resultat der deutschen Handelsbilanz für den Monat Juli war nur möglich, weil die Reichsbank an ihrer Kreditbeschränkung festhielt. Möge sie weiter allen Einflüsterungen widerstehen!

Deutsch-französische Ge- Nachdem die politische Atmosphäre zwischen Deutschland und Frankreich bereinigt ist, wird meinsamkeitsgeschäfte eine Periode der wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen privaten Gruppen der ehemaligen Kriegsgegner ihren Anfang nehmen. Eine sich gegenseitig ergänzende und befruchtende Tätigkeit der deutschen und französischen Industrie bildet die einzige Möglichkeit, den Druck der Zangenschenkel zu lockern, in welche die deutsche Wirtschaft durch den Ausgang des Krieges eingeklemmt wurde. Die Großindustrie östlich und westlich der deutschen Grenzen ist französisch orientiert. In Elsaß-Lothringen, an der Saar, in Luxemburg, in Oberschlesien, alles Gebiete, wo ehemals deutsches Kapital dominierte, übt jetzt französisches den bestimmenden Einfluß aus. Diese Industriegebiete bildeten mit den danebenliegenden deutschen Bezirken ehedem ein blühendes Ganzes. Der Friedensvertrag hat sie zerschnitten. Die gegenwärtige Krise beweist bereits, daß sie ohne gegenseitige Fühlungnahme, ohne gegenseitige Unterstützung, ja ohne eine weitgehende Interessengemeinschaft nicht zu leben vermögen. Der gemeinsame Austausch von Kohle, Koks, Zink, Erz, Roh- und Halbfabrikate wird in der Zukunft den Lebensnerv zum Aufstieg bilden. Bereits in London wurde offen und versteckt der Wunsch der Franzosen laut, auf gewisse deutsche Industrien Einfluß zu gewinnen. Hierher gehört die chemische Industrie, der Ruhrkohlenbergbau und im gewissen Sinne auch die Eisen- und Stahlindustrie. Aktienkäufe an deutschen Börsen, die zurzeit zu beobachten sind, gehen damit einher. Bereits sind große Zechen des Ruhrachten sind, gehen damit einher. Bereits sind große Zechen des Ruhrgebiets in den Händen französischer Gruppen. Das Wurmgebiet bei Aachen ist mit Einschluß der dortigen großen Eisenwerke fast restlos in französisch-belgisch-luxemburgischem Besitz. Diese Kämpfe um die Durchdringung der deutschen Industrie werden, so darf man voraussehen, von gegenseitigen Abmachungen abgelöst. In der chemischen Industrie sind Interessengemeinschaften zwischen dem deutschen Anilinden Französen und den Engländern und den Französen bereits bergestellt. Anschaften konzern und den Engländern und den Franzosen bereits hergestellt. Andere, namentlich solche für Eisen, Erz und Kohle, werden folgen. — Bemerkenswert in dieser Beziehung ist der vor einigen Tagen zum Abschluß gekommene Vertrag der deutsch-französischen Kaliindustrie. Bekanntlich befinden sich im Elsaß 17 Kalischächte, die hochwertige Produkte liefern. Als diese dem Bereich des deutschen Kalisyndikats entzogen wurden, setzte ein hartnäckiger Preiskampf zwischen den syndikats entzogen wurden, setzte ein hartnäckiger Preiskampf zwischen den beiden Gruppen auf den ausländischen Märkten ein. Namentlich in Amerika vermochten die elsässischen Gruben, unterstützt durch staatliche Subventionen, dem deutschen Kalisyndikat wichtige Absatzgebiete zu entwinden. Was dies bedeutet, ist daraus ersichtlich, daß der deutsche Kaliexport in der Vorkriegszeit zu 45 Proz. nach Amerika ging. Nunmehr ist zwischen dem Kalisyndikat und der Société Commerciale des Pobsses d'Alsace ein Abkommen getroffen wonsch beide Gruppen Potasses d'Alsace ein Abkommen getroffen, wonach beide Gruppen sich verpflichten, auf dem amerikanischen Markte Hand in Hand zu

gehen. Den elsässischen Gruben mußte dabei eine hohe Quote - ein Drittel des nach Amerika gehenden Kali-Absatzes — zugebilligt werden. Ein hoher Preis gewiß, doch ist der gegenseitigen Unterbietung wenigstens ein Riegel vorgeschoben. Vorläufig erstreckt sich das Abkommen nur auf Amerika. Die Ausdehnung auf die übrigen Absatzmärkte steht im Bereiche der Möglichkeit. Eine weitere Kooperation zwischen Privatunternehmungen diesseits und jenseits der Vogesen liegt vor. Man kann der ferneren Entwicklung auf diesem Gebiete mit Interesse ent-

Die Auswirkung dieses deutsch-französischen Vertrages für die deutsche Kali-Industrie zeigte sich sofort darin, daß amerikanische Finanzkreise den deutschen Kaliwerken einen Kredit von 6 Mill. Dollar gewährten. Die bisher dem Kalisyndikat zugegangenen Aufträge aus der Union belaufen sich auf 26 Mill. Dollar. Dadurch war es möglich, die stilliegenden Kalischächte wieder in Betrieb zu setzen. Die Verschiffung nach der Union hat bereits begonnen.

# ANDBEMERKUNGEN

Noch ein Entlarvter

Oswald Spengler, der olympische Schweiger, hat einen Kollegen gefunden. Kurz vor der Reichstagswahl erschienen zwei Nummern der "Süddeutschen Monatshefte" (Nr. 7 und 8) unter den Spezialtiteln "Der Dolchstoß" und "Die Auswirkung des Dolchstoßes". Herausgeber und Verleger war Herr Professor Nikolaus Coßmann, eifriger Vorkämpfer der süddeutschen Nationalisten, Haupthetzer gegen Eisner und Fechenbach.

Ich habe damals in einigen Artikeln der "Glocke" (Nr. 7 vom 15. Mai, Nr. 11 vom 12. Juni) Herrn Coßmann eine erkleckliche Zahl glatter Fälschungen nachgewiesen. Ebenso hat Genosse Konrad Haenisch im "Vorwärts" den Nachweis geführt, daß ein ihm von Coßmann zugeschobener Ausspruch in einer Weise aus dem Zusammenhang gerissen worden ist, die einer völligen Veränderung des Sinnes und damit einer Fälschung gleich-kommt. Dasselbe hat die Redaktion des "Vorwärts" bezüglich eines ihr zugeschobenen Zitates getan.

Damit Herr Coßmann etwa nicht auf die Ausrede verfiele, von diesen Nachweisungen keine Kenntnis erlangt zu haben, habe ich seinerzeit veranlaßt, daß ihm sämtliche hier erwähnten Artikel zugesandt wur-den. Darauf ist eine große

Stille eingetreten. Nachdem nun einige Monate vergangen sind, habe ich von dritter Seite — ein persönlicher Schriftwechsel mit Herrn Coßmann widersteht mir bei den "Süddeutschen Monats-heften" anfragen lassen, ob eine Entgegnung erfolgt sei. Die Antwort sieht folgendermaßen aus:

München, den 16. Aug. 1924.

Wir erhielten Ihr Schreiben K./Gd. vom 5. August. Indem wir dankend den Empfang der uns im Auftrage des Herrn Kuttner übersandten Nummern 7 und 11 der "Glocke" bestätigen, teilen wir Ihnen mit, daß bis jetzt eine Erwiderung auf diese Artikel in unserer Zeitschrift nicht erfolgt ist. Sobald das der Fall sein sollte, werden wir Ihnen die betreffende Nummer zugehen lassen.

Hochachtungsvoll Schriftleitung der "Süddeutschen Monatshefte". gez. Dr. Hasinger."

Fazit: Gegen Herrn Coßmann ist von mehreren Seiten der Vorwurf allerschwerster Fälschung erhoben worden. Herr Coßmann, der literarisch sonst so Rührige, erträgt diesen Vorwurf schweigend ein Vierteljahr, ohne auch nur Muck zu sagen. Er, der Vor-kämpfer gegen die "Eisnersche Fälschung" findet offenbar nichts

dabei, selber mit dem Makel der Fälschung behaftet, herumzulaufen. Herr Spengler, reichen Sie Herrn Coßmann die Hand! Erich Kuttner

Die Revue In Berlin ist jetzt ein Wettkampf in der Aufführung von "Revuen" entbrannt. Drei große Theater spielen bereits derartige Revuen, zwei oder drei weitere rüsten sich dazu, ganz zu schweigen von den kleineren, kabarettmäßigen Bühnen, die sich in Revuen ver-suchen. Unter jenen Theatern, die in Kurze mit einer Revue auf dem Plan erscheinen werden, befindet sich auch das Große Schauspiel-haus. Sic transit gloria mundi.

Will man richtig würdigen, wel-chen Gipfel der Kunst unsere Bühnen mit diesen Revuen erklommen haben, so braucht man nicht erst hinzugehen und sie sich an-zusehen (was nebenbei kein biliiges Vergnügen ist). Man braucht nicht einmal die Kritiken zu lesen, die "sachkundige" Männer und Frauen darüber geschrieben haben und schreiben werden. Den besten Einblick erhält man wohl, wenn man die Reklame verfolgt, mit der dem Publikum diese Revuen ange-priesen werden. Den Vogel schoß bis jetzt hier Herr James Klein von der Komischen Oper ab. Man konnte während der letzten Wochen kein Zeitungsblatt zur Hand nehmen, ohne eine min-destens handflächengroße Anzeige von ihm zu finden.

Besagte Anzeigen stachen be-sonders durch ihr Deutsch hervor: "Casanova in ihren spanischen Tänzen und schönste Frau Spaniens." "Zum ersten Male werden in Deutschland die Originalprachtkostüme vorgeführt und sind die Kostume neu für die Berliner Aufführungen angefertigt," Dann mußte die Bescheidenheit in den Ankündigungen auffallen: "Gewaltigste Revue aller Zeiten und Länder!" "Größte internationale Ausstattungsrevue!" "Unleugbar die gewaltigste und größte Revue der Welt!" - Höher ging's nimmer.

Dafür wußten die Inserate aber auch etwas an Einzelheiten zu melden! Am erstaunlichsten wohl die Zahl und die "Arbeitsteilung" ihrer Väter; erfuhr man doch aus einem der Inserate über die Herkunft der angekündigten 40 Bilder, sie seien "verfaßt" von James Klein selber, "Worte" von Paul Morgan und Karl Bretschneider, "Texte" von Alfred Berg, "Musik" von Hugo Hirsch; dazu noch die Fründer der Tänze Wenn es der Erfinder der Tänze. Wenn es der Literaturgeschichte dermaleinst nur gelingen wird, genau festzustellen, was auf das Konto des "Ver-fassers" kommt und was auf das Konto der Wort- und Textdichter, ganz zu schweigen der Schwierigkeiten, bei den "Worten" zu ergründen, welche von ihnen Herr Morgan und welche Herr Bretschneider ersann.

Dann all die "Attraktionen" dieser Dichtung! "Die Perlen mit dem lebenden Perlen-Kolossal-Diadem!" "Die Prachtausstattung im Werte von über 2 Millionen Goldmark!" "Die Straußenfeder-Kostüme, hergestellt aus tausenden echter Straußenfedern und Paradiesreihern!" "10 Tänzerinnen aus Sevilla!" 12 Mannequins aus Paris!" "Blamla und Tosla, akro-batische Tänze!" "Mister Alfred Jackson mit seinen englischen Girls!" "Casanova, die schönste Frau Spaniens!" "Der Chamäleon-Trick!" Und wörtlich heißt es in einer Klammer zu diesem "Chamäleon-Trick": "Verblüffende Verwandlung aller Personen auf der Bühne in Neger und Cowboys.
Geschützt durch D. R.- Patart Alleinracht auf Komische tent. Alleinrecht auf Komische Oper übertragen." Wahrlich, es waren vier Wort- und Textver-fasser nötig, um ein Werk mit so viel dichterischem Gehalt zuwege zu bringen!

Am interessantesten ist wohl die Anordnung der Attraktionen in den Inseraten, "Keine Gegenpropaganda ist in der Lage, folgende Tatsachen zu widerlegen", beginnt eine Riesenannonce. Und dann werden diese Tatsachen autgeführt, in folgender (ausdrücklich

numerierter) Reihenfolge: 1. die "Originalkostüme der weltberühmten Pariser Revuebühnen", die vorgeführt werden sollen; 2. das Auftreten der "ersten Mannequins" der Pariser Theater; 3. die Mitwirkung der "schönsten Frau Spaniens", mehrerer anderer spanischer Tänzerinnen, amerikanischer "Stepper" und englischer Girls; 4. die Verpflichtung des "Kammersängers Leo Slezak" für so und so viele Abende; 5. die Gewinnung der "bekannten Berliner Operettenstars" X., V., Z. als Hauptdarsteller. Nun ja: Bruno Kastner, Lotte Werkmeister, Leo Slezak in allen Ehren; aber gegen die schönste Frau Spaniens, gegen "erste" Pariser Mannequins und gar gegen "Original - Prachtkostüme" aus Paris kommen sie natürlich nicht auf.

Im Ernst: Ist es nicht ein klägliches Bild, das sich da dem Auge von der "Berliner Kultur" ent-rollt? Ueberall Not und Sorge, — und hier werden Millionen und nochmals Millionen für einen solchen Plunder vergeudet, weil der gute Kenner seines zahlungsfähigen Publikums (der Herr James Klein gewiß!) sich sagen darf: es lohnt sich schon! Ernsthaft künstlerisch strebende Theater ringen um ihre Existenz, brechen wieder und wieder zusammen, aber so etwas kann aus dem Vollen wirtschaften. Schauspieler, Sänger von Ansehen und Können werden der ernsten Bühne entzogen und geben sich her, bescheiden zwischen den nackten Beinen der Tänzerinnen hervorzugucken. Theaterunterneh-mungen mit ehrlichem, künstlerischem Programm finden kein Heim und müssen den Gebrüdern Rotter Wuchermieten zahlen, — während von den "besseren" Theatern eines nach dem andern zur Revue überschwenkt.

Am jämmerlichsten aber vielleicht dieses: Zeitungen mit einer Auflage von Hunderttausenden, Zeitungen, die gerne damit prunken, wie sehr sie um Kunst und Kultur bemüht sind, haben sich nicht darauf beschränkt, die von den Herren James Klein und seinen Revue-Konkurrenten aufgegebenen und bezahlten Inserate zu bringen. Sie schickten, gehorsam den ergangenen Ladungen, ihre Reporter in die Proben der Revue-Theater, und diese Reporter berichteten dann in spaltenlangen Feuilletons mit krampfhaft-geistreicher Wichtigtuerei von den Geheimnissen der Proben, von der heiteren Laune der entzückenden Tanzgirls, von dem Schweiß der "Dichter" in der Suche nach dem Füllwort eines Refrains, und was es da des Großartigen noch mehr gab.

Wenn eine Bühne in wochenlangem Ringen alle Kraft einsetzt
um ein wirkliches Dichterwerk,
langt's bestenfalls zu einer von der
Theaterleitung eingesandten dreizeiligen Vornotiz im letzten Winkel des Feuilletons und dann zu
einer Besprechung von fünfzig,
sechzig Zeilen. So eine Revue
aber, — ja, das ist etwas anderes!
Das bringt Inserate und Geld, das
ist ein gesellschaftliches Ereignis!
Da ist kein Raum zu schade!

Im Namen der Kultur! Nepomuk

Kühle Köpfe scheint es jenseits des Ozeans in Amtsstellungen zu geben, in denen sie in Deutschland nicht tätig sein könnten, ohne sich der gelegentlichen Ausgestaltung zum Sieh durch nationale Maschinenpistolenschützen auszusetzen. In den Vereinigten Staaten wird gegenwärtig nach berühmten Tirpitz-Mustern für den Flottenbau Stimmung gemacht, und das Marineamt versucht, die Amtsstellen der Einzelstaaten in den Dienst dieser Propaganda zu spannen. Der Gouverneur des Staates Maine hat sich jetzt geweigert, den für diese Propaganda inszenierten "Flottentag" mitzu-machen, und bei einer zweiten Gelegenheit hat er sich gegen die vom Kriegsministerium betriebene Abhaltung eines "nationalen Verteidigungstages" ebenfalls auf die Hinterbeine gesetzt. Bei dieser Ge-legenheit hat er den jenseitigen Militaristen u. a. folgendes ins Gesicht gesagt:

"Unter den gegenwärtigen Um-ständen halte ich es für unangebracht, daß wir unsere Heeres-macht in Parade vorführen, wenn auch nur für "Verteidungszwecke" allein; denn wenn wir so tun, so erregen wir das Mißtrauen unserer Nachbarn gegen uns. Unser Volk sollte führend sein in der Bewegung für die Schlichtung unserer Streitigkeiten mit andern Völkern durch den vorgeschlagenen Welt-gerichtshof anstatt durch Krieg. Eine allgemeine Mobilisierung unserer bewaffneten Kräfte kann von andern Völkern als Drohung oder wenigstens als Warnung verstanden werden. Sie würde ihnen eine Entschuldigung für ebensolche Mobilisierung liefern, wenn sie nach einer suchen. Das Rennen um die Oberhand könnte so von neuem beginnen und zu einem noch viel schrecklicheren Kriege als Ergebnis

führen."
Es ist ein Jammer, daß das deutsche Volk seine Hoffnung darauf setzen muß, daß im Ausland solche Worte der Vernunft Gehör finden, denn in Deutschland scheint das un möglich zu sein, und unser Glück ist nur, daß das Revanchegebrüll in Deutschland und die Rüstungsspielerei der nationalen Verbände Lieblingsbeschäftigungen von kleinen Kindern sind, die zwar das eigene Haus gefährden, den Nachbarn aber nicht weiter schaden können. Wenn man nämlich solch einen Zustand für ein Glück halten will! H.K.(H.)

#### Englische Arbeiter-Fußballspieler zum ersten Male in Deutschland!

Kiel, das in seinen Mauern einen guten bürgerlichen Fußballverein, der sogar einmal die Würde des deutschen Meisters errang, beherbergt, hat den Besuch mancher ausländischen Fußballmannschaft, die auch jedesmal von einigen Sportsfreunden begeistert begrüßt wurde, zu verzeichnen. Welch einen Gegensatz zu diesen rein internen Vereinsveranstaltungen bildete dagegen der erste Empfang einer englischen Arbeiterfußballmann-

schaft, und zwar der Landesver-bandsmannschaft The Clarion, in Kiel und somit zugleich in Deutschland! Trotz strömenden Regens hatten sich zur Begrüßung der englischen Gäste Tausende von Menschen, alle politischen, gewerk-schaftlichen und Sportorganisationen der Arbeiter, mit Fahnen und Musikkapellen eingefunden. Schon hier am Bahnhof zeigte es sich, daß sich nicht nur Freunde des Fußballsports gegenseitig begrüßten, son-dern zugleich politische Gesin-nungsgenossen, Arbeiterbrüder und -schwestern. Dies war aber zugleich die Grundstimmung der offiziellen Begrüßungsfeier. Hier wurde hingewiesen auf die gemeinsame, alle verbindende rote Fahne, hier wurden die Engländer gefeiert als Söhne des klassischen Landes des Sports und der Demokratie. Diese Grundstimmung unterstrich der Führer der Engländer, Gen. Groom, noch einmal in seinen Dankesworten: Wir sind nicht nur gekommen, um Fußball zu spielen, sondern um als Avantgarde an der Völkerverständigung und Versöhnung mitzuarbeiten. So hat die Kieler Feier die Wahrheit des alten Satzes demontriert, daß für die Arbeiter der Sport nie Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck im Dienste der Befreiung der Arbeiterschaft ist. So werden diese Stunden zugleich dem Politiker wie dem Sportler unvergeßlich bleiben. Denn auch der Sportler konnte aus dieser Feier vollen Gewinn ziehen. Die Kieler Arbeiter zeigten durch Turn- und Tanzaufführungen wie durch Musikvorträge, was sie zu leisten ver-mögen. Und am andern Tage führten die Engländer ein glänzendes Fußballspiel vor und zeigten so, daß sie den besten deutschen Mannschaften voll gewachsen sind. Der 6:1-Sieg über die Kieler Victoria-Mannschaft war wohlverdient. Das Ganze war ein würdevoller Auftakt zur Arbeiter-Olympiade in Frankfurt im Jahre 1925, die hoffentlich von derselben Grundgesinnung getragen sein wird.

Wilhelm Grotkopp

Bücherschau

# BÜCHERSCHHU

Joseph Caillaux

Vor seiner Abreise nach London hat Herriot noch einen Parlamentsbeschluß herbeigeführt, der infolge des augenblicklich vorwiegenden außenpolitischen Interesses ziemlich unbeachtet geblieben ist: die Auf-hebung des Verbannungsedikts gegen Malvy und Caillaux. Ob damit auch eine Rückkehr der beiden Persönlichkeiten ins politische Leben verknüpft ist, wird die Zukunft erweisen, doch schon zur Abschätzung der innerpolitischen Bedeu-tung dieser Rehabilitierung wird es vorteilhaft sein, die Memoiren zu beachten, die Caillaux 1921 geschrieben und im vorigen Jahre in englischer Sprache veröf-fentlicht hat. Wir kennen in Deutschland allerdings außer dem kühnen Titel: "Frankreich oder Europa" bisher nur die Auszüge, die vor einiger Zeit die "Foreign Affairs" veröffentlichten, doch schon diese beweisen den Widersinn der Beschuldigungen, mit deren Hilfe Clemenceau einst diesen unerschrockenen "europäischen Geist" exportieren durfte, und sie bezeugen andrerseits, daß auch hier ein Po-litiker seines wirtschaftlichen Weitblicks wegen wenigstens zeitweise mundtot gemacht wurde. Diese Memoiren verzichten

Diese Memoiren verzichten auf Selbstverteidigung und eine pharisäische Anklage eines einzelnen Volkes in der Frage der Kriegsschuld, und damit ist schon der Wert dieses Werkes inmitten der Flut der diesbezüglichen Nachkriegsliteratur gekennzeichnet, doch die Betrachtung der Ereignisse unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist nicht minder neuartig und reizvoll.

Wie kam es zum Ausbruch des Weltkrieges? Mit dieser Frage beschäftigt er sich zuerst: Die Kartellbildungen innerhalb der einzelnen Industriegruppen jedes Landes hatten ohne Zweifel eine relativ geordnete Wirtschaft zur

Folge, doch ebenso wie sie die Konkurrenz innerhalb des eigenen Landes ausschalteten, verstärkten sie die wirtschafts-imperialistischen Reibungen zwischen den einzelnen Völkern. Als Korrektiv hiergegen wäre nach seiner Ansicht eine ebensolche Zusammenballung des Großhandels notwendig gewesen, da dieser nicht auf Zerstörung, sondern auf Gewinnung neuer Absatzgebiete, auf eine Lockerung der Zollschranken und damit eine wirtschaftliche Vereinigung Europas be-dacht sei. Die Schwerindustrie wußte der Gefahr zu begegnen, indem sie sich der Presse bemächtigte und politischen und wirtschaftlichen Imperialismus verquickte. So taumelte Europa in den Krieg, der diesem Streben mit dem Rufe nach "Omniproduktion", der Herstellung aller Erzeugnisse im eigenen Lande, Vorschub leistete. Eine Profitgier sondergleichen erwachte, und "Wirtschaftspiraten" - er nennt Stinnes, Klöckner, Thyssen usw., auch die Union Européenne industrielle et financière — errichten aut den Ruinen "Gebäude, die mit den füntundvierzigstöckigen Häusern Amerikas vergleichbar sind, die den Menschen auf der Straße Licht und Sonne rauben."

Diese Entwicklung ist nach Caillaux' Meinung (1921) am deutlichsten in Deutschland, doch Frankreich erscheint ihm am meisten gefährdet infolge seiner nationalisti-schen und plutokratischen Politik, die obendrein durch innerpolitische Versprechungen festgelegt ist. Die verlangte Reparationssumme nennt er phantastisch und überschreibt das diesbezügliche Kapitel "Illu-sionen und Wirklichkeiten". Mit dieser Politik gegenüber Deutsch-land isoliert sich Frankreich in der Welt und muß an diesem Nationalismus zugrunde gehen, der mit seinen industriell-imperialistischen Tendenzen seine kommerziellen Interessen untergräbt und nur mit Hilfe einer Inflation und einer Reduzierung der Arbeitslöhne export-

fähig ist. Caillaux sucht nach einem Ausweg: "Wie sollen wir die politischen Institutionen, die wir von unsern Vätern übernommen haben, den wirtschaftlichen Kräften anpassen, die unsere wirklichen Beherrscher geworden sind?" Resignation gegenüber der Entwicklung zeitigt nach seiner Auffassung eine Anarchie des wirtschaftlichen Feudalismus, ein radikaler Umsturz den Kommunismus "mit all seinem Elend, Zusammenbruch, Unmöglich-keiten". Doch Kompromisse lehnt er ebenso ab, "es gibt Zeiten, und diese ist eine davon, in der Flickwerkmethoden schlimmer sind als keine guten", und so kommt er schließlich zu seiner Lösung: "In jedem Land muß ein wirtschaftlicher Staat in dem politischen ge-bildet werden, nicht über ihm, wie versucht worden ist, sondern völlig untergeordnet. Der nächste Schritt - fast noch wichtiger - wird sein, diese ökonomischen Staaten zu verbinden." — Schon diese kurzen Zitate rufen die Erinnerung an den Mann wach, der sich in ähnlichen Problemen der Produktionspolitik daheim fühlte, nur eben dank der radikaleren Methoden der deutschen Nationalisten nicht mehr zurückgerufen werden kann. Wenn Caillaux ins politische Leben zu-rückkehrt, wird Frankreich be-weisen können, daß es seine Wirtschaftspolitiker besser zu schützen weiß als wir unsern — Rathenau. Dr. Adolf Schwarz

Unromantisches Morgenland

Schon die beigegebenen Photos: Wüste, Palmen, Kamele, Moscheen, Derwischklöster, Nil-Kanäle und Kalifengräber umschreiben den Stoffkreis des Fahrt- und Wanderbuchs von eigenem Wuchs und Duft, das uns Leopold Weiß unter dem Titel "Unromantisches Morgenland" (Frankfurter Societätsdruckerei G.m.b. H., Frankfurt a. M., 1924) auf den Tisch legt. Zu Schiff, im Auto, mit der Bahn, zu Fuß auch geht die Reise durch Palästina, Aegypten, Transjordanien und Syrien; durch das Medium sehr

empfänglicher Nerven werden die Farben und Formen, die Geräusche und Gerüche von Kairo und Jeru-salem, von Damaskus und Beirut, von Smyrna und Konstantinopel festgehalten; die in der biblischen Geschichte auswendig gelernten "heiligen Stätten" Bethanien, Je-richo und Nazareth tauchen auf und zerfließen wieder; die Wüste Sinai ist so gut zwischen den beiden Buchdeckeln wie der Suez-Kanal. Dabei bewährt sich Weiß als Schilderer nicht nur des Gesehenen, sondern auch seiner "Gesichte", wie es neben Paquet wenige in deutschen Landen gibt. Wenn sich eine Landschaft, eine Stadt in sein Blickfeld schiebt, wird sie Erlebnis; da ist etwa, entzückend, die Strichzeichnung einer Kurtisanengasse in Kairo, die der Kenner am liebsten einrahmen möchte. Eine Probe: "Immer wieder mußt du die Fanfaren von buntem Licht sehen und die Freude hören, die wie in zarten Metallseiten erklingt — die Freude der tierhaft-sinnlichen, tierhaft-verder tiernatt-sinniteien, tiernatt-ver-dorbenen, tierhaft - keuschen Mäd-chen in ihren hellblauen, gelben, roten, grünen, weißen, goldglitzern-den Kleidern aus Seide, Tüll, Voile oder Damast — und ihr kleines Lachen vernehmen, das wie mit Katzentritten über die Straße läuft, verrinnend, wieder aufsteigend in einem anderen Mund ... – um zu wissen, daß es Bilder und Gesichte gibt, die zu den vollkommen befriedigenden zählen." Aber das Buch schwirrt auch von Problemen wie ein Hummelnest. Was tut es, daß Weiß sie sehr subjektiv erfaßt und in Ideologien schwelgt! Die ganze europäische Orientpolitik etwa dreht sich ihm nicht darum, daß der Großkrämer unseres Erdteils die gelberen und bronzierteren Rassen zu Kunden seiner Ware pressen will, sondern darum, daß Europa das eigene Leiden, um sich nicht offen mit ihm auseinandersetzen zu müssen, auf einen Ueberrumpelten projiziert und dann aus der "Zivilisation heraus bekämpft; das jüdische Leiden ist für ihn das Leiden um den Verlust der ethischen Bindung; die russische Revolution bedeutet den Willen der Welt, Anschluß an das Unmittelbare zu finden, und den Sinn der politischen Freiheit erblickt er in der persönlichen Grenzenlosigkeit des Einzellebens; das alles erscheint als heillose Konstruktion a priori, als Problematik, "gesehen durch ein Temperament". Ein wenig steht es wohl auch so mit seiner — sachlich sicher berechtigten — Ablehnung des Zionismus, da dieser Jude gefühlsmäßig für den Widerpart der Palästina-Siedler, den Araber, eingenommen ist. Doch all das wird aus den Windungen eines überschärften Intellekts mit so reinen Augen vorgebracht, daß man zwar in Gedanken öfters unterbricht: Aber, lieber Weiß!!!... indeß sofort wieder lächelnd und begierig ermuntert: Bitte, weiter, weiter!

Hermann Wendel

Vom religiösen Kommunismus

Die Bewegung der münsterischen Wiedertäufer ist ein Ausschnitt aus der allgemeinen revolutionären Auflehnung des Mittelalters gegen das Bestehende, die nach der kirchlichen Seite hin als Reformation, nach der politischen Seite als Bauernkrieg in der Geschichte des deutschen Volkes ihren Ausdruck gefunden hat. Es entspricht der Mentalität jener Zeit, daß politische und wirtschaftliche Forderungen religiös begründet, mindestens gerechtfertigt wurden. Damit ist nichts gegen die letzte Ableitung aller dieser Vorgänge aus dem (ebenso revolutionären) Einbruch neuer Wirtschaftsnotwen-digkeiten in die Formen des Feudalismus gesagt; man lese das bei Beer in seiner "Geschichte des So-zialismus und der sozialen Kämpfe" (Verlag für Sozialwissenschaft) nach und wird in diesem besten Buche über jene Zusammenhänge den begründenden Nachweis finden. Immerhin war es bis jetzt für den Laien schwierig, zu den Quellen jener Zeit und im besondern zu denen der münsterischen Wiedertäuferbewegung zu kommen. Auch Kautskys eingehende kritische Dar-

stellung ("Vorläufer des Sozialismus") war dafür kein Ersatz. Sonderlich heute mag es für manchen von Wert sein, über jene Bewegung näheres zu wissen; denn sie ist letzte, radikalste Folgerung aus den revolutionären Ideen des Mittelalters. Unwesentlich ist das, was ihr den Namen gab: die Wieder-taufe. Wesentlich der Gedanke der Herstellung reiner Gemeinden von Heiligen auf Grund des biblischen Gesetzes nach dem Vorbild der ersten Christen mit nicht bloß innerer, sondern auch äußerer Scheidung der "Welt", gemeinsamem Leben und Gütergemeinschaft; wesentlich der Glaube an unmittelbare Offenbarung Gottes an einzelne; wesentlich die Erwartung des kommunistischen Gottesreiches als unmittelbar bevorstehende Tatsache.

In der Diktatur dieser Sekte zu Münster 1534/35 erleben wir den Versuch, den Kommunismus auf religiöser Grundlage, unter dem Schutze einer bewaffneten Macht gegen äußere und innere Feinde zu errichten. Dieser Versuch mußte scheitern; die Gründe liegen auf der Hand. Immerhin bleibt es wert-voll, das Werden dieser Bewegung im einzelnen kennen zu lernen, und wenn auch vieles dem Denken unsrer Zeit vollkommen fremd geworden ist, als politisch-radikale Bewegung bleibt sie - vom Inhalt ganz abgesehen - als Form geschichtlichen Werdens ebenso interessant wie jede andere revolutionäre Entwicklung der Geschichte. Von besonderer Bedeutung aber ist gerade dieser Versuch einer revolutionären Machtentwicklung, weil hier religiöse Idee, Staat und Wirtschaft in engster Verflochtenheit in Erscheinung treten. Deshalb wird man die Urkundensammlung, die Klemens Löffler heraus-gegeben hat\*) und die Veranlassung zu diesen Bemerkungen gab, dankbar begrüßen; sie ist eine wertvolle Ergänzung zu Beer und Kautsky. R. G. Haebler

\*) Die Wiedertäufer zu Münster 1534 bis 1535. Berichte, Aussagen und Aktenstücke von Augenzeugen und Zeitgenossen. Verlag E. Diederichs, Jena.

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln
Verantwortlich für die Anzeigen: Paul Kolmetz, Berlin.
Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451
Druck: Photogravur O. m. b. H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123